

20 Jahre Einsatz, der sich lohnt

BLICKPUNKTE 01|11



Foto: Susanne Moritz

Schieflagen verhindern!



»BLICKPUNKTE« erscheint dreimal jährlich.

Herausgeber: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt
Wiener Straße 2 • 39112 Magdeburg

Geschäftsführerin: Dr. Gabriele Girke
Telefon: 0391 | 6293420
ggirke@mdlv.paritaet.org

Redaktion: Antje Ludwig
Telefon: 0391 | 6293505
aludwig@mdlv.paritaet.org

Grafik, Bildbearbeitung,
Satz, Layout: Frank-Michael Märtens
Telefon: 0391 | 6293301
fmmaertens@mdlv.paritaet.org

Druck: mdprint Magdeburg

© 2011 • Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt

Gefördert aus Mitteln der Lotterie Glücksspirale.



Editorial

»Herausforderungen annehmen« 04

Der starke Verband an Ihrer Seite

Rückblick auf »20 Jahre PARITÄTISCHER Sachsen-Anhalt« 05

»Hilfe, die wirkt«- Erfolgreiche Radiokampagne mit SAW 07

LIGA stellt Sozialziele für Sachsen-Anhalt vor 08

Erfolgreiche Spendenaktion bringt 43.000 Euro 09

Sozialpolitische Schwerpunkte 2011 10

Ausgewählte fachpolitische Positionen des PARITÄTISCHEN 11

Positionen

Alternativen zum Zivildienst 12

Bildungspaket für bedürftige Kinder und Jugendliche vorerst gestoppt 14

Zehn-Punkte-Plan zur Verbesserung der Situation in der Pflege 15

Instrumente zur Messung der Ergebnisqualität in der stationären Pflege 16

Kürzungen im Eingliederungstitel gefährden öffentlich geförderte Beschäftigung 17

Persönliches Budget: Positionspapier der LIGA 18

Sprachstand feststellen – Ein Verfahren für Kitas und seine Wirkung in der Praxis 19

Kinder- und Jugendförderung in Sachsen-Anhalt - Eine zeitgemäße Notwendigkeit? 20

Stellungnahme zum 17. Bericht des Psychiatrie-Ausschusses 22

Sozialagentur verschlechtert Zugänge zu den Hilfen Eingliederung 23

Berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderungen 25

Mehr Einfluss für Beiräte in Jobcentern möglich 27

Ist der heutige Stand sozialer Arbeit auf Grund knapper Kassen noch haltbar? 28

Informationen

Landesweites Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt veröffentlicht Broschüre 30

Wohn- und Teilhabegesetz beschlossen | Praxisratgeber für Mitglieder 31

Tagungsrückblick »Persönliche Assistenz in Sachsen-Anhalt« | Personalie 32

Transatlantisches Bildungsprojekt »Citizen active« 35

Arbeitskreis Jugendhilfe, Bildung und Schulsozialarbeit gegründet 37

Landesverbände stellen sich vor

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste – ijgd 38

Verbandsleben

News aus den Regionalstellen 40

Verbandseigene soziale Arbeit

»Natur bewusst erleben« im Erlebnispädagogischen Centrum Havelberg 50

Herausforderungen annehmen

Liebe PARITÄTERINNEN und PARITÄTER,

das zurückliegende Jahr 2010 war für unseren Verband ein ganz Bedeutsames: wir haben auf vielfältige Weise unser 20-jähriges Bestehen begangen. Sicher haben auch Sie an einer der zahlreichen regionalen Veranstaltungen teilnehmen können und die besondere Atmosphäre gespürt, die den Verband ausmacht: **Offenheit, Vielfalt und Toleranz** im Umgang miteinander und gemeinsamen Handeln.

Es ist uns gelungen, die öffentliche Präsenz und Wahrnehmung weiter zu verstärken, um damit die Leistungen und Angebotsvielfalt unserer Mitglieder und das sozialpolitische Engagement des PARITÄTISCHEN noch bekannter zu machen. Dazu haben insbesondere die Kampagne mit Radio SAW »**Hilfe, die wirkt**« und die Spendenaktion mit der Volksstimme beigetragen. Die öffentliche Resonanz war groß und das Einspielergebnis von 43.000 € kann sich sehen lassen. Der PARITÄTISCHE wird als moderner Verband wahrgenommen, dies haben auch die neuen frischen Plakate bewirkt, die unser vielfältiges Anliegen widerspiegeln. Die Mitgliederversammlung und Festveranstaltung im September 2010 war der Höhepunkt im Verbandsleben mit vielen Möglichkeiten der freudigen Begegnung, gemeinsamen Erinnerung und entschlossenem Ausblick auf kommende Herausforderungen.

Diesen besonderen Schwung haben wir ins neue Jahr mitgenommen, denn auch 2011 stehen wir vor besonderen Herausforderungen. In Sachsen-Anhalt wird im März ein

neuer Landtag gewählt. Der PARITÄTISCHE wird unter dem Slogan »**Schiefen verhindern**« gemeinsam mit den anderen LIGA- Verbänden aktiv Einfluss auf die sozialpolitischen Schwerpunkte der neuen Landesregierung nehmen. In den unmittelbar danach anstehenden Haushaltplanungen 2012/2013 werden wir darauf achten, dass gleichwertige Lebensbedingungen für die Menschen in allen Regionen gesichert bleiben – nur dann kann Sachsen-Anhalt zukunftsfähig und lebenswert sein.

Nach dem Rücktritt des Vorsitzenden, Herrn Dr. Jüttner, zum Jahresende 2010 hat der Vorstand gemäß Satzung aus seinen Reihen den Vorsitz neu bestimmt. Die drei entsprechend BGB eingetragenen Vorsitzenden: Herr Dr. Michael Reiser, Frau Jutta Pietsch und Herr Wolfgang Bahn führen gemeinsam den Vorstand. Zunächst hatte Frau Pietsch die Aufgaben der ersten Vorsitzenden übernommen, aufgrund ihrer neuen beruflichen Herausforderungen hat nun Herr Dr. Reiser dieses Ehrenamt übernommen. Der Vorstand wird den Verband auf vertrauensvoller, gleichberechtigter Basis bis zum Ende der Legislaturperiode führen. In vielen Gesprächen mit Mitgliedern wurde dem Vorstand in den vergangenen Wochen das Vertrauen ausgesprochen. Die Herausforderungen des Jahres 2011 werden wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern annehmen und bewältigen.

Wir sind jederzeit für Sie ansprechbar.



Dr. Michael Reiser



Jutta Pietsch



Wolfgang Bahn

Einsatz, der sich lohnt

Der starke Verband
an Ihrer Seite



20 Jahre PARITÄTISCHER Sachsen-Anhalt

Rückblick: mit einer Vielzahl regionaler Veranstaltungen hat der PARITÄTISCHE im Jahr 2010 sein 20-jähriges Bestehen gemeinsam mit Mitgliedern, Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie Partnern und Freunden des Verbandes begangen.

In festlichem Rahmen wurden Ehrenamtliche ausgezeichnet, Rückschau auf gemeinsame erfolgreiche Projekte und Aktionen gehalten – jeweils abgerundet durch anregende und unterhaltsame Kulturbeiträge.

Dabei wurde deutlich, dass das Engagement des PARITÄTISCHEN für Chancengleichheit und Teilhabe aller Menschen in unserem Land hohe Anerkennung genießt. Mittlerweile kennt man den PARITÄTISCHEN auch in der Öffentlichkeit und mit seinem neuen Logo, dem Gleichheitszeichen, erklärt sich das Anliegen des Verbandes fast von allein.

Der Verband mit seinen 320 Mitgliedsorganisationen ist zu einem sozialpolitischen »Schwergewicht« geworden, dessen vielfältige Aktivitäten, Positionen und soziale Dienstleistungen von der Politik und Verwaltung nicht unbeachtet geblie-

ben sind. Der PARITÄTISCHE ist gefragt als aktiver Mitgestalter des Sozialstaates und des öffentlichen Lebens, als Anwalt für Menschen in schwierigen Lebenslagen und Unterstützer selbst-organisierter Hilfen. Und er ist mit 15.000 Beschäftigten zu einem der größten Arbeitgeber in der Sozialwirtschaft gewachsen.

Höhepunkt war die eindrucksvolle Festveranstaltung am 18. September 2010 im Büro- und Tagungs-Center Magdeburg mit über 300 Gästen. Sie wurde eröffnet und begleitet durch Ausschnitte aus dem Musical »Über 7 Brücken«, aufgeführt durch junge Talente der Kunstplatte Stendal e.V. Neben den kulturellen Höhepunkten gab es Raum und Zeit zurück- und vorauszublicken: 20 Jahre Einsatz von Menschen für Menschen. Das honorierten nicht nur die anwesenden Vertreter von Mitgliedsorganisationen, sondern auch Gäste aus der Politik wie



Der starke Verband an Ihrer Seite

Dr. Lydia Hüskens (FDP), Wulf Gallert (LINKE), Kriemhild Fischer (SPD), Norbert Bischoff (Minister für Gesundheit und Soziales) und Vertreter von Spitzenverbänden und Kommunen.

Interessante Erinnerungen an die Anfänge präsentierten Gründungsmitglieder und der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, im Rahmen einer kurzweiligen Podiumsdiskussion. Der damalige Vorsitzende, Dr. Eberhard Jüttner, fasste die Erfolgsgeschichte des PARITÄTISCHEN in seiner Festrede zusammen. Die Landesgeschäftsführerin, Dr. Gabriele Girke, überreichte als »Dankeschön« eigens für diesen Anlass entworfene und in einer Lebenshilfwerkstatt hergestellte Reliefs an engagierte Mitglieder, Mitarbeiter und Unterstützer des Verbandes. Die Unikate stellen einen Baum mit starken Wurzeln, gesundem Wuchs und vielen Ästen dar – symbolisch für einen starken Verband. Auf Vorschlag der regionalen Kreisgruppen wurden Ehrenamtliche mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Geehrt wurden u.a.:

Wolfgang Bahn, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Sachsen-Anhalt, Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt,

Lothar Angerstein, Johannisches Sozialwerk e.V., Gründungsmitglied des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt,

Winfried Klaus, Vorsitzender der Lebenshilfe Mansfelder Land e.V.,

Doris Raab, Vorsitzende des Vereines »Soziales Arbeiten und Lernen« Halle e.V.,

Carla Dietzel, Geschäftsführerin des Arbeiter-Samariter-Bundes, Regionalverband Halle/Saalkreis e.V. und

Karl Vollstädt, Mitglied des Vorstandes der Lebenshilfe Anhalt-Bitterfeld.

Der Dank galt auch dem langjährigen Vorsitzenden **Herrn Dr. Jüttner**, dem langjährigen Landesgeschäftsführer **Herrn Hans Günter Strothotte** sowie den »Urgesteinen« **Herrn Gruhl**, **Herrn Raabe** und **Herrn Dr. Mövius**.

Das vielfältige Engagement des PARITÄTISCHEN ist nicht nur spürbar, sondern mittlerweile auch hör- und sehbar. »Anders ist normal« heißt der Song, der aus der Feder von Sylke Szemkus stammt und zusammen mit Jürgen Schienemann von »Aktion Musik e.V.« vertont wurde. Der Song erlebte seine Uraufführung und stieß auf begeisterte Zuhörer – der Applaus wollte kein Ende nehmen. Im anschließenden Kurzfilm »20 Jahre Einsatz, der sich lohnt«, den Michael Krüger vom Offenen Kanal Stendal produziert hat, wurde die Botschaft des PARITÄTISCHEN eindrucksvoll verarbeitet:

Wir haben was gegen Ausgrenzung: Vielfalt. Toleranz. Offenheit. Diese Werte haben den 20jährigen erfolgreichen Weg des Verbandes gekennzeichnet – Im Einsatz für ein lebenswertes Sachsen-Anhalt und im Umgang der Mitglieder und der Engagierten untereinander.

Wir haben was gegen Ausgrenzung: Unterstützung. Zuwendung. Beteiligung. Diese Botschaften sind auch auf den Plakaten zu sehen - im 20. Jahr des Verbandes und darüber hinaus, sollen sie an vielen Orten anregen, über den eigenen Beitrag gegen soziale Ausgrenzung und Armut nachzudenken.



Hilfe, die wirkt.

DER PARITÄTISCHE
SACHSEN-ANHALT



PARITÄTISCHER auf neuem Weg

Mitglieder starteten im November 2010 radio SAW Kampagne »Hilfe, die wirkt«

»Unser Thema heute Abend....« - so ging es pünktlich jeden Montag ab 20 Uhr mit Mit-Initiatorin und Moderatorin Maren Sieb landesweit über den Äther.

Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt präsentierten sich mit Unterstützung des Landesverbandes vier Wochen lang auf radio SAW.

Neben klassischen Radiospots, die die Sensibilität für das Thema Behinderung in ansprechenden Kurzgeschichten darstellten, waren die Sondersendungen ein ganz wesentlicher Bestandteil, sich mit Hörern und Betroffenen auszutauschen. Menschen hinter der Hilfe darzustellen und anschaulich erklären, wie unsere Hilfe wirkt – das war unser Ziel.

Die Themen von »Diagnose behindert« über Inklusion und Sucht bis hin zu Wohnformen für Menschen mit Behinderungen decken vielfältig die Probleme der Menschen im Land ab.

Enorme Resonanz - sogar aus anderen Bundesländern - gab es zu jedem der Themen. Die Fachleute der Mitgliedsorganisationen hatten in den jeweils zwei Stunden alle Hände voll zu tun. Nicht nur, um Moderatorin Maren Sieb im Studio Rede und Antwort zu stehen, sondern auch, um im radio SAW-Forum oder am kostenlosen Servicetelefon die Fragen der Hörer zu beantworten.



Auch per E-Mail meldeten sich Hörer:

E-Mail von Steffi K., einer Betroffenen:

»Ein dickes Lob für Eure Radiowerbung und Sondersendung zum Thema "Menschen mit Bindung". Ich bin selbst betroffen, habe eine behinderte Tochter und musste aus familiären Gründen im Sommer von Naumburg nach Magdeburg ziehen. Als alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, eins mit einer Behinderung, war dies nicht leicht. Aber durch die Hilfe der MitarbeiterInnen Lebenshilfe Naumburg und der vielen Ansprechpartner hier in Magdeburg und eigentlich noch viele viele mehr, konnte ich hier meinen Neuanfang starten. Ich möchte allen DANKE sagen und auch Euch!! Es ist nicht immer leicht für uns und durch solche Aktionen kann man vielleicht auch in der Gesellschaft einen Platz finden, ohne ständige Mitleidsblicke. DANKE!«

Die nahbare, sehr informative und überaus emotionale Kampagne hat nicht nur unsere sozialen Themen in einen neuen Mittelpunkt gerückt, sondern auch dem PARITÄTISCHEN als Verband noch mehr Bekanntheit verliehen. Die Menschen sollen wissen, was wir tun und wie unsere Hilfe wirkt. Allen Unterstützern und teilnehmenden Mitgliedsorganisationen an der erstmaligen radio SAW-Kampagne möchten wir an dieser Stelle nochmals danken: Für Ihr Engagement, soziale Arbeit so hervorragend darzustellen und zu vertreten. Auch radio SAW als Sender war beeindruckt von Ihrer Stärke und Ihren Leistungen für Menschen. Darauf lassen Sie uns stolz sein. Es war Kraft zur Entscheidung nötig. Es war eine besondere Investition. Es war richtig.

Hilfe, die wirkt. Wir machen weiter.

Übrigens:

Mehr als 20 Mitglieder der Behindertenhilfe unter dem Dach des PARITÄTISCHEN haben sich beteiligt.

Der starke Verband an Ihrer Seite

Wie wird unser Land zukunftsfähiger?

LIGA stellt Sozialziele für Sachsen-Anhalt vor



Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts schrumpft und wird älter. Leben heute 2,4 Millionen Menschen zwischen Arendsee und Zeitz, werden es 2060 nur noch 1,34 Millionen sein – ein Rückgang um 43 Prozent.*

Zudem leben hier mehr ältere Menschen als anderswo – das Durchschnittsalter liegt bei 45,9 Jahren. Die Armutssituation in einigen Regionen ist besorgniserregend – es droht eine Schieflage der Lebensverhältnisse. Dies wirkt sich auch auf das Image unseres Bundeslandes aus.

Was muss getan werden, damit Sachsen-Anhalt lebenswert für Alle bleibt? Womit überzeugt man jungen Menschen, im Land zu bleiben? Wie nutzt man die Erfahrungen der Älteren?

All diesen Fragen hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände gestellt und als Sozialziele für Sachsen-Anhalt formuliert. Daran war auch der PARITÄTISCHE maßgeblich beteiligt.

Die Verbände fordern unter anderem ein **Umdenken in der Sozialpolitik**. Gemeinsam wollen sie sich dafür einsetzen, dass jeder erwerbstätige Menschen von seinem Einkommen leben kann. Die LIGA fordert ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zur Existenzsicherung. »Wir stellen uns gern erneut der Diskussion um einen Mindestlohn, den wir für längst überfällig halten«, erklärt der Vorstand der LIGA.

Ältere Menschen haben viel Erfahrung – diese sollte genutzt werden. Senioren bereichern die Gesellschaft, sie sollen die Chance haben, sich auch aktiv an deren Gestaltung zu beteiligen. »Wichtige Eckpunkte dabei sind genügend altersgerechte Arbeitsplätze sowie eine wohnortnahe Infrastruktur für ältere Bürger«, so der Vorstand weiter.

Für jene, die sich nicht mehr aktiv teilhaben können, sollte der Anteil an häuslicher Pflege maßgeblich erhöht werden. An dieser Stelle möchte die LIGA aktiv dazu beitragen, den Fachkräftemangel im Pflegebereich und die hohe Abwanderung gut ausgebildeten Personals zu stoppen. Dazu sollen



tragfähige Konzepte gemeinsam mit der Landesregierung erarbeitet werden.

Mit Informationsveranstaltungen und Gesprächsrunden wird die LIGA, aber auch die Verbände im Einzelnen, in den nächsten Monaten auf die Sozialziele aufmerksam machen und das Gespräch mit den Politikern unseres Landes suchen.

»Ziel ist, dass wir es schaffen, für Sachsen-Anhalt eine moderne, zukunftsfähige Sozialpolitik auf den Weg zu bringen«, erläutert die Geschäftsführerin der LIGA, Dr. Susanne Kornemann-Weber. Dabei spielen auch das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderung, die Förderung von Familien und die ausreichende gesundheitliche Versorgung eine Rolle.

Unter dem Dach der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt sind alle großen Spitzenverbände im Land organisiert.

Dazu gehören die AWO, die CARITAS, der PARITÄTISCHE, das DRK, die DIAKONIE und der Landesverband Jüdischer Gemeinden. Gemeinnützig und freiwillig kümmern sich die Einrichtungen der Verbände um Kinder, Jugendliche und Familien, organisieren soziale Hilfen, Gesundheitshilfe und helfen Not leidenden und gefährdeten Menschen. Ihre Interessen werden auf Landesebene durch die LIGA vertreten.

Als LIGA haben die Verbände eine starke Stimme, wenn es darum geht, die Interessender Menschen im Land zu wahren und zu unterstützen.

*Quelle: Statistisches Bundesamt

Volksstimme Leser helfen

Eine Aktion mit dem Paritätischen Sachsen-Anhalt, der Stadtparkasse Magdeburg und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt



Erfolgreiche Spendenaktion bringt 43.000 Euro



»Anders- und doch mittendrin« so lautete im Jahr 2010 der Titel der gemeinsamen Spendenaktion »Volksstimme Leser helfen« des PARITÄTISCHEN mit der Volksstimme, der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und der Stadtparkasse Magdeburg. Schirmherr war Sozialminister Norbert Bischoff. Die Aktion lief noch bis Ende Januar 2011.

Im Mittelpunkt der Aktion standen innovative Projekte und Aktionen, die es Menschen mit Behinderung ermöglichen, am kulturellen und gemeinschaftlichen Leben mit anderen teilzunehmen - das heißt, mitten im Leben zu sein. Mit den Spenden können die besonderen Talente und Stärken behinderter Menschen gefördert sowie gemeinsames Erleben und Akzeptanz in der Öffentlichkeit unterstützt werden. Folgende Projekte erhielten die Spendenmittel:



• **»EX-IN«**- Ausbildung von Psychiatrieerfahrenen zum Genesungshelfer (Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie) • 5.000 Euro

• **»VerRückt- na und?«**- Betroffene vermitteln Schülern das Thema psychische Gesundheit (Der Weg e.V. Magdeburg) • 3.000 Euro



• **Integration von psychisch kranken langzeitarbeitslosen Menschen** durch Mitarbeit im Sozialkaufhaus »BRAUCHBAR« in Stendal • 14.2000 Euro

• **»Schwarzlichttheater«** zu Weihnachten – Projekt mit Menschen mit Behinderung (GIW Wohnanlage Mühlberg, Schollene) • 3.000 Euro

• **Gemeinsame Portraitalmalerie** von jungen Menschen ohne und mit geistiger Behinderung (Jugendseeheim Deetz) • 3.000 Euro



• **»GEMEINSAM ins Musical«** Angebot für Erwachsene mit Körperbehinderung und deren Lebenspartner (Gemeinnützige PARITÄTISCHE Gesellschaft für Sozialarbeit Darlingerode mbH) • 3.000 Euro



• **»Ver-rückte Zeiten«** Projekt zur Unterstützung von Kindern mit seelisch belasteten oder psychisch erkrankten Eltern (Familienhaus Magdeburg e.V.) • 6.500 Euro

• **»Ich will mich«** Projekt des Regenbogenhauses Madeburg (Klangschalenmassage) • 5.300 Euro



Begleitend zur Spendenaktion fand in der Filiale der Investitionsbank in Magdeburg eine Ausstellung zu den Projekten statt, um den Lesern und Bürgern die Aktion näher zu bringen – dies ist auf große Resonanz gestoßen.



Der starke Verband an Ihrer Seite

Sozialpolitische Schwerpunkte 2011 Landtagswahlen März 2011 – Soziale Schieflagen verhindern

Der PARITÄTISCHE hat seine sozialpolitischen Positionen zur Landtagswahl am 20. März 2011 den grundsätzlichen Aussagen der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und deren sog. Sozialzielen angepasst. Daher wird der Verband auch seine Aktivitäten zur Landtagswahl und während der Regierungsbildung bzw. anstehenden Haushaltsplanungen 2012/13 unter den Slogan »Soziale Schieflagen verhindern« stellen.

Zukunftsthemen

- Bewältigung des demografischen Wandels und Sicherung der sozialen Infrastruktur für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen
- Sicherung des Fachkräftebedarfs im sozialen Sektor z.B. durch frühzeitige Berufsorientierung, Bereitstellung von Praktikumsplätzen und gezielte Kampagnen
- Bildung als lebenslangen Prozess gestalten und als Schlüssel zu Chancen-gleichheit und Teilhabe, längeres gemeinsames Lernen
- Prinzip der Inklusion durchsetzen und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung vorantreiben
- Aktives Altern unterstützen und Anpassungsbedarfe einer älter werdenden Gesellschaft berücksichtigen, Pflege und Versorgung von Demenzkranken sichern
- Schaffung und Sicherung gesundheitsfördernder Angebote und von Selbsthilfestrukturen und Qualifizierung der Selbsthilfekontaktstellen
- Gestaltung einer bedarfsorientierten Beratungslandschaft unter Berücksichtigung sozialräumlicher Bedingungen und Bedürfnissen der unterschiedlichen Zielgruppen
- Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration von langzeitarbeitslosen Menschen durch längerfristige öffentlich geförderte Beschäftigung



Besonderer Schwerpunkt 2011

»Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit und zur Förderung der aktiven Bürgerschaft«

Entwicklung von Handlungsstrategien und strukturellen Änderungen zur Einführung des **Bundesfreiwilligendienstes** - Imagekampagne des Landesverbandes zur Gewinnung von Einsatzstellen und Freiwilligen, Steuerung und Kooperation mit Mitgliedsorganisationen

Unterstützung regionaler Projekte und Initiativen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Umsetzungsstrategien

- gemeinsame Veranstaltung mit Landesverbänden und Beirat im März 2011
- regionale Veranstaltungen mit Kandidaten zur Landtagswahl
- Veranstaltung der LIGA zur Neuordnung der Beratungslandschaft
- einzelne Gespräche mit Kandidaten und Fraktionen
- » aktiver Einfluss auf Koalitionsverhandlungen / Gespräche mit finanz- und sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen im Zeitraum April – Mai 2011
- » Einflussnahme auf die Planung des Doppelhaushaltes des Landes
- » Konsequenzen einer möglichen Kommunalisierung aufzeigen, regionale Sozialplanung beeinflussen

Ausgewählte fachpolitische Positionen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt

Verbesserung des Verhältnisses »Fachkraft – Kind« in der Tagesbetreuung

Die »Fachkraft-Kind-Relation« muss den zukunftsbezogenen Aufgaben der frühkindlichen Bildung angepasst werden. Vor- und Nachbereitungszeiten in der Kindertagesbetreuung müssen prozentual angeglichen werden und sind zu vergütender Arbeitszeit.

Schulsozialarbeit als dauerhaftes Regelangebot in Schulen

Die Förderung und Bildung der Persönlichkeit von jungen Menschen muss durch Schulsozialarbeit über das Jahr 2013 hinaus (Ende des Landesprogramms) fester Bestandteil in Regelschulen werden. Schulsozialarbeit fördert Basiskompetenzen, sichert den erfolgreichen Schulabschluss und trägt zu einem gelingenden Übergang in Ausbildung bei.

Errichtung einer Koordinierungsstelle »Jugendberufshilfe« in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt hat mehr als 1800 junge Menschen, die im Übergang von Schule und Beruf scheitern. Das Handwerk, die Sozialwirtschaft und weitere Arbeitsfelder benötigen Fachkräfte. Die Koordinierungsstelle Jugendberufshilfe soll regionale Bedarfe und Anforderungen mit Betrieben erfassen und benachteiligte junge Menschen gezielt in Ausbildung lotsen.

Persönliches Budget als Alternative zum klassischen Sachleistungssystem

Menschen, die bewusst selbstbestimmt leben möchten, dürfen nicht unverhältnismäßig benachteiligt werden. Gefordert wird ein personenzentriertes Instrument zur Bemessung des Hilfebedarfs und dessen Abkoppelung vom gültigen Rahmenvertrag.

Zugang zu Beratungsleistungen weiterhin sicherstellen

Sachsen-Anhalt verfügt über ein breites Netz wohnortnaher und niedrigschwelliger Beratungsangebote. Trotz sinkender Bevölkerungszahlen ist die Zahl ratsuchender und hilfebedürftiger Menschen in den letzten Jahren weiter gestiegen. Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen sicherzustellen, müssen die bewährten Beratungsangebote erhalten bleiben bzw. den sich ändernden Bedarfen angepasst werden.

Förderungen von Selbsthilfe und Ehrenamt im Bereich Pflege

Nach § 45d SGB XI können ehrenamtliche Strukturen sowie Selbsthilfeinstanzen gefördert werden, die sich der Betreuung und Entlastung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen widmen. Demenzielle Erkrankungen stehen dabei im Vordergrund. Das Land muss hierzu die Pflegebetreuungsverordnung entsprechend anpassen und eine Förderung aus dem Budget für niedrigschwellige Angebote nach § 45c SGB XI ermöglichen.



»Wenn kein Zivi mehr Frühstück macht ...« Alternativen zum Zivildienst

Freiwilligendienste beim Paritätischen Sachsen-Anhalt.

Mit dem Wegfall der Wehrpflicht zur Jahresmitte 2011 entfällt auch der Zivildienst. Davon werden viele betroffen sein: Einrichtungen, soziale Dienste und in erster Linie die dort betreuten Menschen. Vor allem in der Pflege und Betreuung werden Auswirkungen zu spüren sein. Die Bundesregierung macht nun den Weg frei für einen neuen Freiwilligendienst.



Erste konzeptionelle Überlegungen des PARITÄTISCHEN sehen vor, dass dieser Dienst insbesondere in den Arbeitsfeldern des bisherigen Zivildienstes, der direkt vom Landesverband verwaltet wurde, stattfinden soll. Der neu geschaffene **Bundesfreiwilligendienst (BFD)** wird zum 1. Juli 2011 starten und orientiert sich bei der Ausgestaltung an den Jugendfreiwilligendiensten. Der BFD kann im **sozialen und ökologischen Bereich**, aber auch in allen anderen Bereichen des Jugendfreiwilligendienstes geleistet werden. Wie die Jugendfreiwilligendienste wird auch der Bundesfreiwilligendienst ein **Lern- und Bildungsdienst** sein, der – anders als der bisherige Zivildienst – 25 verpflichtende Bildungstage bei einer Dauer von 12 Monaten verpflichtend anbieten wird. Der neue Bundesfreiwilligendienst ist für alle Altersgruppen offen, d.h. er bietet auch die Möglichkeit für gesellschaftliches Engagement für Menschen über 26 Jahren. Ein festes Honorar für das Engagement gibt es nicht. Analog zu den Jugendfreiwilligendiensten wird aber auch im BFD Verpflegung, Unterkunft und Arbeitskleidung sowie ein Taschengeld gestellt.

Da der Gesetzentwurf BFD noch nicht verabschiedet ist, gibt es zurzeit noch einige Unklarheiten bei der konkreten Umsetzung, die sich voraussichtlich aber im Verlauf des Februars 2011 klären werden.

Unter dem Dach des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt werden die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd)



ab Sommer 2011 diesen Freiwilligendienst koordinieren. Die ijgd sind seit vielen Jahren erfahrener Anbieter von Freiwilligendiensten und arbeiten mit einer großen Zahl von Trägern und Diensten im PARITÄTISCHEN zusammen.

Interessierte Einrichtungen, insbesondere diejenigen, die bisher im Rahmen des Zivildienstes als Einsatzstelle aktiv waren, sind recht herzlich zu einer **Informationsveranstaltung am 9. März 2011 um 11.00 Uhr in die Jugendbildungsstätte Schloss Peseckendorf** eingeladen.

Für Rückfragen und / oder Interessenbekundungen für den BFD steht Ihnen bei den ijgd die folgende Mitarbeiterin zur Verfügung:

Britta Kaiser (Regionalbüro Magdeburg), Tel.: 0391 | 509689813

Freiwillig in Sachsen-Anhalt: Vielfältiges Engagement ermöglicht Einblicke in soziale Arbeitsfelder und Gemeinwesen

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und Stärkung der Zivilgesellschaft sind seit je her Kernbereiche des PARITÄTISCHEN. In diesem Kontext führen die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) mit Geschäftsstellensitz in Halberstadt mit und für den PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt seit fast 20 Jahren Jugendfreiwilligendienste durch.



Jährlich leisten bei ijgd ca. 300 junge sachsenanhaltinische Freiwillige im Alter zwischen 16 bis 26 Jahren in den verschiedensten Bereichen ihren, in der Regel 12-monatigen, Freiwilligendienst. Die Jugendfreiwilligendienste sind sogenannte Lern- und Bildungsdienste, die den Jugendlichen neben gesellschaftlichem Engagement auch Raum für berufliche Orientierung und Selbstfindung bieten sollen.

Gesetzlich geregelte Grundlage der Jugendfreiwilligendienste sind mindestens 25 verpflichtende Bildungstage, die von den ijgd gestaltet und durchgeführt werden. Bei den Einsatzstellen aller Jugendfreiwilligendienste handelt es sich um gemeinwohlorientierte Einrichtungen, in denen die Jugendlichen als zusätzliche Hilfskräfte die Arbeit der hauptamtlichen Fachkräfte unterstützen. Die Jugendlichen erhalten für ihr Engagement im Rahmen einer Vollzeitbeschäftigung Taschen- und Verpflegungsgeld, an deren Finanzierung sich die Einsatzstellen mit beteiligen.

Unter dem Dach des PARITÄTISCHEN bietet ijgd in Sachsen-Anhalt eine große Vielfalt an Freiwilligendiensten

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) wird direkt im Auftrag des PARITÄTISCHEN überwiegend in Einrichtungen der Mitgliedsorganisationen von den jugendlichen Freiwilligen abgeleistet. Die Freiwilligen unterstützen vor Ort das Fachpersonal

in verschiedensten Tätigkeitsfeldern zum Beispiel in Einrichtungen für psychisch kranke Menschen, Krankenhäusern, Seniorenheimen, Behindertenhilfe, Ambulanten Diensten, Einrichtungen der Jugendhilfe.

Im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) besteht für die Jugendlichen die Möglichkeit, sich aktiv für Natur und Umwelt einzusetzen, durch praktische Tätigkeiten in den verschiedensten Einrichtungen des Umwelt- und Naturschutzes ökologische Kenntnisse zu erwerben und zu vertiefen. Somit können auch gewohnte Lebensvorstellungen reflektiert und überdacht werden.

Das Freiwillige Soziale Jahr in der Denkmalpflege (FJD) ist ein Projekt der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und wird in Trägerschaft der ijgd durchgeführt. In sogenannten Jugendbauhütten können Jugendliche ein Jahr lang Einblicke in verschiedenste Arbeitsfelder der Denkmalpflege erhalten. Die Jugendlichen arbeiten in ihrem freiwilligen Jahr in einer Einsatzstelle im denkmalpflegerischen Bereich. Dies können Handwerksbetriebe, Architektur- und Planungsbüros, Denkmalpflegebehörden, Museen und andere kulturelle Einrichtungen sein. Die praktische Arbeit in den Einsatzstellen wird durch theoretische und praktische Grundlagen in der Denkmalpflege ergänzt, die in sieben Seminarwochen vermittelt werden.

Das Freiwillige Soziale Jahr im politischen Leben (FSJ Politik) ist das jüngste Freiwilligendiensteprojekt in Sachsen-Anhalt. Seit 2008 können Jugendliche in 12-monatigen Freiwilligendienstes im politischen Bereich selbst aktiv werden und politisch handeln, Politik und politische Prozesse verstehen lernen und durch aktive Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens teilhaben. Sie können Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe in politisch relevanten Institutionen kennen lernen und hier mitwirken sowie geregelte Konfliktbewältigung und Verfahren zum Interessenausgleich kennen lernen und einüben.

Politik findet in allen Bereichen statt, in denen Menschen miteinander in Interaktion treten. Dementsprechend breit ist das Spektrum von Einsatzstellen und Tätigkeitsfeldern. Dieses reicht von Sozialverbänden, über Menschenrechtsorganisationen, Einrichtungen der überparteilichen Bildung bis hin zu den Ausschüssen, Verwaltungen und Gremien der Landes- und Kommunalparlamente.

Weitere Informationen zu den Jugendfreiwilligendiensten finden Sie unter: www.ijgd.de



Bildungspaket für bedürftige Kinder und Jugendliche – hohe Hürde für die Betroffenen und der Nutzen?

Am 17. Dezember 2010 wurde die große Hartz IV – Reform im Bundesrat gestoppt. Damit ist zunächst auch das Bildungspaket in der Schwebe. Der Gesetzentwurf hat Mehrausgaben für Bildungs- und Teilhabebudgets nach dem SGB II von 586 Millionen Euro für das Jahr 2011 und 621 Millionen Euro für das 2012 vorgesehen.

Der PARITÄTISCHE hat schon sehr früh mit Bekanntwerden der von der Bundesregierung veröffentlichten neuen Regelsätze im SGB II seine Kritik und Bedenken geäußert und die realitätsferne Berechnung insbesondere der Regelsätze für Kinder als nicht bedarfsgerecht und somit verfassungswidrig angesehen. So sind erhebliche Zweifel bei der Regelsatzberechnung anzumerken, wenn z.B. 6,93 € monatlich für Windeln oder für 14 bis 18jährige junge Menschen 70,00 € für Schuhwerk im Jahr und 29 Cent Kursgebühren im Monat ausgewiesen werden.

Im Zuge der Änderung der Regelsätze hat die Bundesarbeitsministerin Frau von der Leyen die Einführung von Bildungsgutscheinen, Bildungschip usw. diskutiert. Immer wieder wurde von Seiten des PARITÄTISCHEN der enorm hohe Verwaltungsaufwand, die Überforderung der Jobcenter und die damit verbundene Hürde für die Leistungsberechtigten kritisiert. Mit seinem Konzept »Kinder verdienen mehr« hat der PARITÄTISCHE unbürokratische Regelungen zur Umsetzung der Verbesserung von Bildungs- und Teilhabechancen plädiert, die in Verbindung mit dem Kinder- und Jugendhilferecht stehen und die Kompetenzen vor Ort, also der Jugendämter und freien Träger der Jugendhilfe einbinden.

Folgende Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II sind/ waren vorgesehen:

- Leistungen für eintägige Schulausflüge/ Ausflüge von Kindertagesstätten (Kita/ Hort)
- Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten
- Leistungen für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf (nur in den Monaten August mit 70,00 € und Februar mit 30,00 €) (ehemals Schulpaket einmal jährlich 100,00 €)
- Leistungen für angemessene Lernförderung (Nachhilfe)
- Leistungen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung (Eigenanteil 1,00 €) (Kita)
- Leistungen für angemessene Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (10,00 € mtl.) (Jugendarbeit, Jugendbildung usw.)

Diese Leistungen sollten die Personensorgeberechtigten anhand von Gutscheinen bei den Jobcentern beantragen oder im Rahmen von Kostenübernahmevereinbarungen, die zwischen Jobcenter, Kommune und Leistungsanbieter/Dienstleister erarbeitet werden, annehmen.

Wie oben bereits angedeutet ist der Verwaltungsaufwand für die Jobcenter, Kommunen und Leistungsanbieter enorm. So sind nach ersten Berechnungen von den oben bewilligten Millionen Euro im Jahr 2011 23,2% sprich 136 Millionen Euro allein für Verwaltungskosten zur Umsetzung der Bildungs- und Teilhabeleistungen vorgesehen. Die Gutscheine haben eine Gültigkeit von einem halben Jahr, dann müsste eine Neubearbeitung erfolgen.

Sinnvoll erscheint dagegen, dass die Jugendämter vor Ort anhand der Quoten von Kindern und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II / SGB III einen Kostenschlüssel erhalten und die Finanzmittel direkt dorthin transferiert werden. Dies würde die örtliche Ebene stärken und könnte dazu beitragen, die vorher gekürzten Mittel aus dem Elterngeld für SGB II Haushalte usw. zu kompensieren. Gleichzeitig könnte somit das komplette Maßnahmenpaket § 11 Jugendarbeit SGB VIII abgegolten werden, was zum Großteil mit den Leistungen für angemessene Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (10,00 € mtl.) (Jugendarbeit, Jugendbildung usw.) gleichzusetzen ist.

Mit dem Stopp der Hartz IV Reform besteht die Chance, das Bildungspaket verwaltungstechnisch so zu verhandeln, dass die Leistungen dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Wir geben die Hoffnung nicht auf.



Marcel Kabel
Grundsatzreferent Altenhilfe, Gesundheit und Selbsthilfe
Tel.: 0391 / 6293508 • mkabel@mdlv.paritaet.org

PARITÄTISCHER legt Zehn-Punkte-Plan zur Verbesserung der Situation in der Pflege vor

Anlässlich der am 6. Dezember 2010 durch das Statistische Bundesamt vorgestellten Modellrechnung zum Fachkräftemangel in der Pflege - im Jahr 2025 werden rund 152 000 Beschäftigte in Pflegeberufen fehlen - fordert der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband umgehende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegesituation. In einem Zehn-Punkte-Plan fordert der Verband unter anderem bessere Personalschlüssel und eine ausreichende Refinanzierung der Pflegeentgelte durch die öffentlichen Kassen.

»Die Fachkräftelücke klappt jetzt bereits auf. Wir brauchen attraktivere Arbeitsbedingungen. Das heißt, vor allem mehr Zeit für den Pflegebedürftigen. Und das heißt, wir brauchen mehr Geld«, fordert der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt. Nach Modellrechnungen des Verbandes für das Saarland steht nicht einmal eine Stunde Pflegezeit für jeden Heimbewohner pro Tag zur Verfügung. Allein für die Hilfe beim Essen bräuchte man eigentlich mindestens eine Stunde. Sollten die Pflegekräfte eine halbe Stunde mehr Zeit für jeden Betroffenen bekommen, müssten allein an der Saar 480 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen werden. Dies wären Mehrkosten von rund 17 Millionen Euro.

Der Verband fordert die Politik auf, endlich für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Pflege zu sorgen. »Es ist scheinheilig, wenn die Politik auf der einen Seite eine bessere Bezahlung von Pflegekräften fordert, aber nichts dafür tut, dass die Öffentlichen Kassen diese auch finanzieren.«

Es führe kein Weg daran vorbei, mehr Geld in das System zu bringen. »Unsere Gesellschaft muss sich endlich ehrlich die Frage stellen, was gute Pflege ihr wert ist.«

Zur Stabilisierung der Finanzen in der Pflege schlägt der PARITÄTISCHE die Einführung einer sozialen Bürgerversicherung vor. »Die soziale Bürgerversicherung ist solidarisch, fair und bringt das Geld ins System, das wir brauchen«. Das Konzept des PARITÄTISCHEN sieht eine Anhebung der

Beitragsbemessungsgrenze sowie eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf alle Einkommensarten vor. Darüber hinaus fordert der Verband die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze.

Folgende Punkte werden im Plan aufgeführt:

1. Mehr Zeit in der Pflege
2. Angemessene Vergütungen der Pflegeleistungen
3. Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs
4. Bessere Arbeitsbedingungen des Personals
5. Personalgewinnung und Qualifizierung
6. Sicherstellung der Leitungsqualität und der Managementqualität
7. Reform der Pflegeausbildung
8. Kosten der Pflegeausbildung
9. Regelmäßige und unabhängige Prüfungen/ Qualitätsmanagement
10. Ärztliche Versorgung

Der ausführliche 10-Punkte-Plan zur Verbesserung der Situation in der Pflege steht auf den Internetseiten des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt zum Download zur Verfügung.

Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Pflegenoten vorerst gescheitert

Nachdem die privaten Verbände Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) und Arbeitgeber- und Berufsverbandes Privater Pflege (ABVP) Ende November 2010 erklärt haben, die Weiterarbeit in den derzeitigen Verhandlungsrunden und unter den gegebenen Voraussetzungen zu beenden, sind die Verhandlungen zu kurzfristigen Änderungen an der Pflegetransparentvereinbarung (PTV) vorerst gescheitert. Hintergrund ist, dass für eine Weiterentwicklung der Pflegenoten nach den gesetzlichen Vorgaben die Zustimmung aller Vertragspartner notwendig ist.

VDAB und ABVP begründen ihren Schritt folgendermaßen: »Allen Beteiligten ist klar, dass dieses Prüfsystem keine Pflegequalität abbildet. Weder das Ergebnis der Pflege noch die Lebensqualität der Pflegebedürftigen können so ermittelt werden«, sagt Petra Schülke, stellvertretende Bundesvorsit-

zende des VDAB fest. Dirk Wiederhold, Vorstandsvorsitzender des ABVP ergänzt: »Das System ist daher nicht geeignet, die Vorgaben des Gesetzgebers umzusetzen. Leidtragende sind somit die Verbraucher, denen kein objektives Beurteilungskriterium zur Verfügung steht und auch die Pflegeeinrichtungen,

Positionen



deren Arbeit diskreditiert wird.« Die beiden Verbände plädieren für den Aufbau eines neuen Prüfsystems, »mit Transparenzkriterien, die aussagekräftig für Verbraucher und fair gegenüber Pflegeeinrichtungen sind«.

In einer gemeinsamen Presseerklärung des GKV-Spitzenverbandes, der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und der maßgeblichen Träger der Pflegeeinrichtungen vom 24.11.2010 wird VDAB und ABVP eine »starre Blockadehaltung« und die Absicht, mit ihrer Haltung Mängel in der Pflege zu verdecken vorgeworfen.

Der PARITÄTISCHE hat sich an dieser Pressemitteilung nicht beteiligt, da er dieser Argumentation nicht folgt. So konnten sich auch andere Verbände kaum mehr zu den immer weiteren Kompromissen mit dem GKV-Spitzenverband durchringen. In der o.g. Gemeinsamen Pressemitteilung wird ferner der Gesetzgeber aufgefordert, »durch eine Gesetzesänderung dafür zu sorgen, dass solche Einzelmeinungen nicht den gesamten Prozess lahmlegen können. Außerdem brauchen wir für die Pflegenoten einen Konfliktlösungsmechanismus, wie er bei anderen Regelungen durch die Selbstverwaltung auch üblich ist. Denkbar wäre z. B. ein Schiedsverfahren.«

Die Sitzungen der Verhandlungsgruppe zur Änderung der PTV werden auch nach dem Ausstieg von VDAB und ABVP zunächst fortgesetzt. Dabei steht die stärkere Gewichtung von sogenannten Risikokriterien im Vordergrund der Diskussion.

Qualität in der Pflege: Instrumente zur Messung der Ergebnisqualität in stationären Pflegeeinrichtungen vorgestellt

Im Rahmen einer viel beachteten Fachtagung wurden am 14. Dezember 2010 in Berlin die Ergebnisse des durch das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projektes »Perspektiven der Beurteilung von Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe« vorgestellt.

Die Forschergruppe des Instituts für Pflegewissenschaft der Universität Bielefeld und des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) hat in der zweijährigen Projektlaufzeit ein Indikatorensystem entwickelt, mit dem sich Ergebnisqualität im stationären Bereich zuverlässig messen und beurteilen lässt. Neben gesundheitsbezogenen Indikatoren, die durch die Pflegefachkräfte erhoben werden, wurden Indikatoren zur Erfassung von Aspekten der Lebensqualität identifiziert, die auf Befragungen von pflegebedürftigen Menschen und Angehörigen beruhen. Erprobt wurden die entsprechenden Instrumente im Rahmen einer Praxisphase in 46 stationären Pflegeeinrichtungen – darunter zwei Einrichtungen von Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt. Der offizielle Abschlussbericht zum Projekt wird in Kürze vorgelegt.

Mit den Projektergebnissen wird erstmals ein Weg eröffnet, die Qualitätsprüfungen und die Berichterstattung über Pflege dahingehend weiterzuentwickeln, dass diese Aussagen zur

Ergebnis- und Lebensqualität der pflegebedürftigen Menschen zulassen, anstatt sich – wie im derzeitigen System – überwiegend auf Kriterien zur Struktur- und Prozessqualität zu beziehen und lediglich die Dokumentationsqualität zu beurteilen.

Es wird nun darum gehen, die Ergebnisse des Projektes zügig in die Praxis zu übertragen und vor allem in die Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Pflgegetransparenzvereinbarung einzubringen. Ferner stellt sich die Frage nach der Entwicklung von entsprechenden Indikatoren für den ambulanten Bereich.



Antje Ludwig
 Referentin Vorstand / Geschäftsführung
 Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung
 Tel.: 0391 / 6293505 • aludwig@mdlv.paritaet.org

Kürzungen im Eingliederungstitel gefährden öffentlich geförderte Beschäftigung

Die Bundesregierung hat im Zuge der Haushaltskonsolidierung für das Jahr 2011 und die Folgejahre deutlich weniger Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zur Verfügung gestellt.

Für den Bereich des SGB II waren im Jahr 2010 noch 6,6 Mrd. Euro angesetzt, im Jahr 2011 werden nur noch 5,3 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Dies entspricht einer Mittelkürzung um 19,7 %. Von diesen Mitteln sind bereits 12,1 % für die Bundesprogramme »Beschäftigungspakt für Ältere«, »Kommunalkombi« und »Bürgerarbeit« blockiert.

Weiterhin werden die Spielräume für die aktive Arbeitsförderung zusätzlich durch die neuen, bislang nicht oder unzureichend finanzierten Verwaltungsaufgaben der JobCenter eingeschränkt- Hintergrund ist die Neuorganisation des SGB II im Sinne einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung und die Erweiterung der Optionskommunen.

Hinzu kommt die Vorgabe, dass der gesetzlich vorgeschriebene Schlüssel im Fallmanagement jetzt umgesetzt werden muss und Umschichtungen aus dem Eingliederungstitel in das Verwaltungsbudget möglich sind, wenn Personal- und Sachkosten nicht gedeckt werden können. Davon haben 2009 fast alle Grundsicherungsstellen Gebrauch gemacht.

Ein weiteres Argument der Bundesregierung ist die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt mit entsprechend rückläufigen Arbeitslosenzahlen. Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass von dieser Entwicklung in erster Linie Personen im Rechtskreis des SGB III profitieren- also unter einem Jahr bzw. 18 Monaten arbeitslos sind. Langzeitarbeitslose im ALG II-Bezug haben von diesen Effekten deutlich weniger bis gar nicht profitiert. Es gibt nach wie vor eine hohe Sockelarbeitslosigkeit bei den schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen. Seitens des PARITÄTISCHEN wird auf die Gefahr hingewiesen, dass Jobcenter aufgrund der Mittelkürzungen vorrangig mit Blick auf ihr Budget agieren und Langzeitarbeitslose nur noch eingeschränkt entsprechende Eingliederungsleistungen erhalten. Dauerhafte Bezüge ganzer Bedarfsgemeinschaften von ALG II wären damit weiter vorprogrammiert.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat mit einem umfassenden Schreiben an die Bundestagsabgeordneten auf die Folgen der Kürzungen im Eingliederungstitel hingewiesen und die Gefährdung für die öffentlich geförderte Beschäftigung aufgezeigt.

Folgende Vorschläge zur effektiven Förderung der Arbeitsmarktpolitik wurden unterbreitet:

- gutes Fallmanagement
- dezentrale Steuerung
- Alternativen im Vergabeverfahren durch Abschluss von Leistungserbringungsverträgen, freihändige Vergabe oder dialogorientierte Vergabeverfahren
- Schwerpunktsetzung
- Finanzierung im Sinne der Bündelung von aktiven und passiven Mitteln





Positionspapier der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege zur Umsetzung des Persönlichen Budgets in Sachsen-Anhalt im Bereich Eingliederungshilfe

Das Persönliche Budget ist bundesweit im Bereich der Behindertenhilfe ein vielfältig diskutiertes Thema. Die großen Schlagworte des Paradigmenwechsels Inklusion, Teilhabe und Selbstbestimmung können unter anderem mit Persönlichen Budget befördert werden. Die Herangehensweise an die neue Leistungsform ist jedoch bundesweit sehr heterogen ausgeprägt.

Viele Leistungsträger wenden zur Bedarfsmessung eigene, nicht immer geeignete Hilfebedarfsmessinstrumente an, um den gesetzlich geforderten individuellen Hilfebedarf abzubilden. In Sachsen-Anhalt wird der Bereich Eingliederungshilfe durch die Sozialagentur des Landes umgesetzt. Die im Verlauf und nach Abschluss der Modellphase von 2004 bis 2007 geäußerte Kritik der Spitzenverbände an der Umsetzung des Persönlichen Budgets wurde nicht genügend beachtet. Die damit verbundenen Chancen, aus dem Modellzeitraum die richtigen Schlüsse zur Förderung von Selbstbestimmung und Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung zu ziehen, wurden so verpasst.

Dies führte Mitte 2010 zu einem Treffen der Liga-Vertreter mit Vertretern aus der Praxis, um zu diskutieren, wie eine Veränderung der Ist-Situation herbeizuführen ist. Man war sich dabei schnell einig, dass es eine gemeinsame Positionierung aller LIGA-Verbände geben muss, um diese Veränderung in Gang zu bringen. So wurden Umfang und Inhalt eines Positionspapiers diskutiert. Das Ergebnis ist das mittlerweile vorliegende Positionspapier zur Umsetzung des Persönlichen Budgets im Bereich der Eingliederungshilfe, welches durch alle LIGA-Vertreter als gemeinsame Position im Herbst verabschiedet wurde.

Adressaten des Positionspapiers sind der Minister für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Herr Norbert Bischoff, die Vorsitzenden des Sozial- und des Finanzausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt, die sozialpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und die Sozialagentur des Landes Sachsen-Anhalt. Eine offizielle Reaktion auf das Positionspapier ist bisher (Stand 31.12.2010) jedoch noch nicht bekannt.

Im Positionspapier findet sich die klare Kritik der Verbände an der derzeitigen Umsetzung des Persönlichen Budgets im Bereich der Eingliederungshilfe durch das Land Sachsen-Anhalt zum Nachteil der Menschen mit Behinderung. Themen wie die Pauschalisierung und Kategorisierung individueller Bedarfe, zu niedrige, nicht praxisorientierte Budgethöhen und die langen Bearbeitungszeiten werden konkret benannt und beleuchtet.

Die vier Forderungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege für die Zukunft des Persönlichen Budgets in Sachsen-Anhalt:

1. Die Orientierung des Persönlichen Budgets an der seit 26. März 2009 in Deutschland ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
2. Ein personenzentriertes Hilfebedarfsmessinstrument zur Erfassung tatsächlicher individueller Bedarfe beim Persönlichen Budget, gleichberechtigt für alle Arten von Behinderung. Daraus folgend die Abkopplung der Hilfebedarfsmessung vom aktuell gültigen Rahmenvertrag.
3. Die gesetzlich gegebene finanzielle Gleichsetzung von Sachleistung und Persönlichem Budget auch in Sachsen-Anhalt. Dem Leistungsberechtigten muss es möglich sein, ohne Einschränkung die wirkliche Wahl zwischen Sach- und Geldleistung zu haben. Falls nötig muss es darüber hinaus dem Leistungsberechtigten möglich sein, die ihm zustehende Sachleistung auch als ambulante 1:1 Geldleistung zu erhalten.
4. Die leistungsgerechte und tarifentsprechende Entlohnung von persönlichen Assistenten (Begleitern) sowie die Möglichkeit der freien Wahl des Budgetnehmers zwischen einer eingekauften Dienstleistung und dem sogenannten Arbeitgebermodell.

Entstanden ist das Positionspapier unter der Federführung von Mitarbeitern des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt und des DEUTSCHEN ROTEN KREUZES Sachsen-Anhalt.

Das Positionspapier finden Sie als Download im Internet unter www.budget-lsa.de.

Perspektive B*

NETZWERK UND KOORDINIERUNG PERSÖNLICHES BUDGET



Siegfried Hutsch
 Grundsatzreferent Kinder- und Jugendhilfe
 Tel.: 0391 / 6293335 • shutsch@mdlv.paritaet.org

Sprachstand feststellen – ein Verfahren für Kitas und seine Wirkung in der Praxis

Am 7. Dezember 2009 trat sie in Kraft, die Verordnung zur Umsetzung der Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung für das Land Sachsen-Anhalt. Darin wird festgeschrieben, dass jedes Kind im Alter ab 4 Jahren in Sachsen-Anhalt einem Sprachstandsfeststellungsverfahren unterzogen wird.

Das Land Sachsen-Anhalt hat in einer ersten Evaluation im Dezember 2010 festgestellt, dass 15.416 Kinder getestet wurden und 10,72% (in Nordrhein-Westfalen sind das zum Vergleich ca. 23% der Kinder) davon zusätzliche Sprachförderung bedürfen. Von den 10,72% sind 9,31% Mädchen und 12,04% Jungen. Kinder mit Migrationshintergrund weisen einen Anteil von fast 30% aus. Was nicht verwunderlich ist! Der Test bildet die Sprachfähigkeiten des Kindes in deutscher Sprache ab, aber nicht die Sprachkompetenz in der Muttersprache.

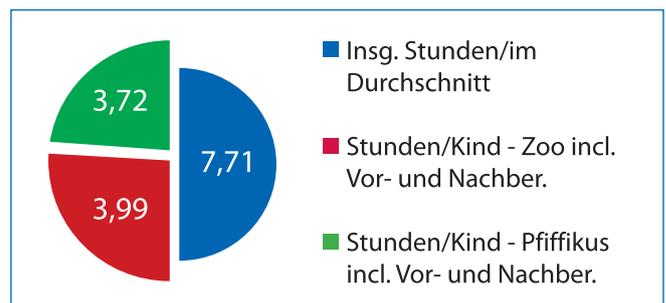
Der Aufwand, der bei den Kindertagesstätten betrieben wurde muss ebenso dargestellt werden. In einer Erhebung zur Sprachstandsfeststellung, die der PARITÄTISCHE durchgeführt hat, haben sich 48 Kindertagesstätten beteiligt. Im wesentlichen hat die Erhebung folgende Ziele verfolgt,

- 1. den zeitlichen Aufwand der Vor- und Nachbereitungen der Testverfahren, inklusive Verwaltungsaufwand und**
- 2. die tatsächliche Testdauer am Kind.**

An der Erhebung haben sich sowohl Integrative als auch Regelkindertagesstätten beteiligt. Zunächst sollte auf die Anzahl der Kinder im ersten Testverfahren eingegangen werden.

In den 48 Kindertagesstätten wurde anhand des ersten Testverfahrens der Sprachstand bei 567 Kindern im Alter von 4 Jahren ermittelt. Davon sind 225 (39,68%) Kinder mit Halbtagsplätzen, 33 (5,8%) mit Migrationshintergrund und 38 (6,7%) mit einem sogenannten I-Status. Besonders auffallend ist die relativ hohe Zahl der Kinder, die einen Halbtagsplatz inne haben. Dies sind u.a. nach § 3 KiFöG LSA Kinder deren Eltern, die nicht voll erwerbsfähig sind. Dies ist zumindest ein Indikator dafür, dass Eltern im Rahmen des Mutterschutzgesetzes, Erziehungsurlaubes und/ oder Familien im ALG II Bezug sind. Im zweiten Testverfahren »Pffikus-Haus« zeichnet sich folgendes Bild ab: Insgesamt wurden 161 Kinder im 2. Testverfahren überprüft. Das heißt, diese Kinder hatten einen erhöhten Sprachförderbedarf. Ebenso bedeutet dies aber auch, dass von 567 Kindern im Alter von 4 Jahren 28,39% insgesamt am zweiten Testverfahren teilnehmen mussten. Im Vergleich zu den Zahlen des Landes besteht hier eine große Abweichung. Von den 161 Kindern der zweiten Testphase waren 87 (54,03%) Kinder mit einem Halbtagsplatz, 16 (9,9%) mit I-Status und 15 (9,31%) mit Migrationsstatus.

Nicht zu unterschätzen ist der Arbeitsaufwand, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten hatten. Der Sprachstand erfordert eine umfangreiche Vorbereitung und Informationsaufbereitung gegenüber Eltern und Kindern. Die Informationen an die Eltern sind sehr zeitintensiv und wer-



Durchschnittl. Aufwand/Kind in Stunden

den in der Vorbereitungsphase auf ca. 3,5 Stunden bemessen. Insgesamt ist der Aufwand der beiden Testverfahren im Delfin 4 in der obigen Grafik pro Kind im Durchschnitt in Stunden dargestellt. Für die Bemessung von Personalaufwendungen, sind in den Kindertagesstätten bei Durchführung von beiden Testverfahren 7,71 Stunden im Durchschnitt einzuplanen. Bei Testverfahren 1 Besuch im Zoo sind fast 4 Stunden im Durchschnitt pro Kind erforderlich. In der Testphase 2 Pffikushaus wird in den Kindertagesstätten etwas weniger Zeit beansprucht. Dennoch sind auch mehr als 3,5 Stunden pro Kind mit Vor-, Nachbereitung, Durchführung und Auswertung erforderlich gewesen.

Fazit: Nach einem ersten Durchgang von »Delfin 4« haben sich die im Vorfeld bestehenden Aussagen der Praxis zum Erkenntniswert der Sprachstandsfeststellungen bestätigt. Der Test filtert nicht die Kinder heraus, die einer logopädisch-therapeutischen Behandlung bedürfen. Logopädisch-therapeutische Bedarfe stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertagesstätten ohne Testverfahren fest und weisen die Eltern auf die notwendige Hilfe hin. Dennoch gibt es mehrere sogenannte Sekundärphänomene, die in der Fachpraxis zu einer Verbesserung der Sprachentwicklung in der methodischen Arbeit und Didaktik einer Kindertagesstätte erkennbar sind. Der Arbeitsaufwand und die damit in Verbindung stehenden Kostenerstattungen müssen durch das Land angepasst werden. Der Verwaltungsaufwand ist zu reduzieren und die Kosten müssen an den tatsächlichen Bedarfen an die Träger zeitnah ausgezahlt werden. Weiterhin ist zu bedenken, dass die von den Kindertagesstätten geleistete Arbeit im Bereich der Sprachstandserhebung in den Grundschulen fortgeführt werden muss. Es macht wenig Sinn, wenn die gut qualifizierte Arbeit der Kindertagesstätten bezogen auf die individuelle Förderung im Schulbereich keine weitere Beachtung findet. Das Übergangsmanagement Kindertagesstätte-Schule, die individuelle Begleitung der Kinder und die Elternarbeit müssen in den Schulen qualifiziert ausgebaut werden.



Kinder- und Jugendförderung in Sachsen-Anhalt: Eine zeitgemäße Notwendigkeit?

» **Es ist kein Luxus**, wenn eine moderne Gesellschaft ihren jungen Mitgliedern die Voraussetzungen für eine erfüllte Kindheit und Jugendzeit gewährt.

» **Es ist kein Überfluss**, den Kindern und Jugendlichen Zeiten, Räume und qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen, um ihnen auf für sie verständliche und angemessene Weise Werte, Normen und Regeln nahe zu bringen.

» **Es ist kein Versehen**, wenn junge Menschen frühzeitig Hilfen bekommen, die ihrer jeweiligen Entwicklung angemessen sind.

Im Gegenteil: Dies alles dient der Zukunftsentwicklung unseres Landes.

PS: » **Es ist kein Rechenfehler**, wenn die Wirkung aller Anstrengungen nicht in Zahlen allein zu fassen ist.

Das Fachkräfteprogramm für eine lebendige und kontinuierliche Kinder- und Jugendhilfe vor Ort in Sachsen-Anhalt



Ziel des Fachkräfteprogramms ist die Sicherung einer kontinuierlichen und qualifizierten Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes in den Kommunen.

Im Rahmen des Fachkräfteprogramms werden derzeit landesweit 186 sozialpädagogische Mitarbeiter/innen (78 Voll- und 108 Teilzeit) bei öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe finanziell gefördert. Das Fachkräfteprogramm mit einem Gesamtvolumen von 4,55 Millionen Euro (70% Land: 3,5 Millionen Euro; 30% Kommunen: 1,05 Millionen Euro) trägt im stark ländlich geprägten Flächenland Sachsen-Anhalt maßgeblich zur Grundsicherung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes mit qualifiziertem Fachpersonal bei. Die Fachkräfte, die über das Fachkräfteprogramm angestellt sind, müssen entsprechende qualifizierte Abschlüsse nachweisen. Die derzeitige Förderphase des Programms läuft Ende 2010 aus. Ab 2011 sollte es nach Willen der Landesregierung zu einer Halbierung des Landeszuschusses (von 3,5 Millionen Euro je in

2008-2010 auf 1,75 Millionen Euro für je 2011/2012) sowie zu einer Erhöhung der Anteilsfinanzierungspflicht der Kommunen auf 50% kommen. Das bedeutet konkret für die Bereiche Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes in den Städten und Kommunen:

1. Durch die Halbierung des Landesanteils und der damit verbundenen gesamten Reduzierung in dem Förderprogramm sind mindestens 25% der Personalstellen, im ungünstigsten Fall durch die Mehrbelastung im kommunalen Bereich noch wesentlich mehr, gefährdet.
2. Für 2013 sollte eine nochmalige Halbierung des Landeszuschusses geplant werden. Dies bedeutet eine Reduzierung gegenüber den Jahren 2009/2010 um 62%. Darüber hinaus sind für 2014 ff. keine Planmittel im Haushaltsentwurf zu erkennen. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass eine Weiterförderung des Fachkräfteprogramms von Seiten der Landesregierung ab 2014 nicht mehr vorgesehen ist.
3. Mit der Reduzierung des Fachkräfteprogramms verabschiedet sich die Landesregierung in ihrem Haushalt somit bewusst, mit allen damit verbundenen Konsequenzen, von der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort im Flächenland Sachsen-Anhalt.

Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass schon die Beibehaltung der Ansätze 2009/2010 aufgrund tariflicher Erhöhungen zur Reduzierung geführt hätte.

Land, Kommune, freier Träger, Kinder, Jugendliche: Wer zahlt die Zeche, wenn freie Träger unberechtigt in die Pflicht genommen werden?

Laut (aktueller) Richtlinie sind derzeit die örtlichen Träger und damit die Kommunen für die Gegenfinanzierung des Fachkräfteprogramms verantwortlich. Sie können kreisangehörige Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Gemeinden in angemessener Höhe an den Kosten für das Fachkräfteprogramm beteiligen. Die Richtlinie sieht darüber hinaus vor, dass mindestens 50% der Fachkräfte bei freien Trägern angestellt sein sollen. Dies ist Ausdruck des Subsidiaritätsprinzip sowie der Förderungsverpflichtung des öffentlichen Trägers den freien Träger der Jugendhilfe gegenüber (§ 74 KJHG).

Schon jetzt ist es jedoch vielfach üblich, obwohl in der Richtlinie anders festgeschrieben, dass sich freie Träger an den Kosten des Eigenanteils für die bei ihnen eingesetzten Fachkräfte maßgeblich beteiligen. Bereits innerhalb der derzeitigen Finanzierungs constellation ist diese Beteiligung für viele freie Träger eine sehr hohe finanzielle Bürde, die nur mit immensen Kraftanstrengungen und zu Lasten der eigentlichen Arbeit zu tragen ist. Wird der kommunale Anteil erhöht, ist, dass zukünftig weiter versucht wird, diese Kostensteigerung auf die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe umzulegen. Hierzu ist eine Vielzahl der freien Träger nicht mehr in der Lage, zumal laut Richtlinie die Akquise von zusätzlichen Mitteln zur Förderung der Stelle nicht zulässige Verwaltungsarbeiten wären.

Laut Richtlinie müssen 70% der Gesamtarbeitszeit der Fachkräfte mit Arbeitsaufgaben zu belegen sein, die die direkte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ausweisen. Denn die gewährten Zuwendungen sollen dazu dienen, die Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu begleiten und zu fördern. Leitungs-, Verwaltungs-, Organisations- und Koordinierungsaufgaben können nur insofern berücksichtigt werden, als sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der direkten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen anfallen und max. 30 v.H. der Gesamtarbeitszeit der Fachkraft nicht überschreiten.

Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet nicht, dass die freien Träger für alle Leistung selbst aufkommen müssen, sondern dass der Staat diese unterstützen muss.

Was fehlt? (K)ein Sachsen-Anhalt ohne Fachkräfte!

Schon jetzt ist durch die Reduzierung, der im Rahmen des Fachkräfteprogramms zur Verfügung gestellten Mittel eine Situation entstanden, die Fachkräfte und Träger oft überfordert. Insbesondere im sozialen Bereich bringen sich viele Fachkräfte aufgrund einer sehr hohen Eigenmotivation, einer starken Verbundenheit zum jeweiligen Träger und Idealismus für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land in besonderem Maße (bezahlte/unbezahlte Überstunden, kontinuierliche Fortbildungen, Wochenend- und Abendarbeit, zusätzliches ehrenamtliches Engagement, Verzicht auf tarifliche Steigerungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse) in ihre Arbeit ein. Diesem Engagement stehen immer geringer werdende Budgets und stetig steigende Arbeitsbelastungen gegenüber. Eine Reduzierung des Fachkräfteprogramms und die damit verbundene Reduzierung der Fachkräfte im Land sind von den verbleibenden Fachkräften in keinem Fall aufzufangen.

Mit der Reduzierung der Fachkräfte gehen zudem wichtige Partner/innen der restlichen Institutionen und Fachkräfte verloren. Schon jetzt ist es vielfach nur noch durch Ehrenamtliche oder Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes überhaupt möglich, in ländlichen Regionen die Öffnung von Kinder- und Jugendräumen zu gewährleisten. Fällt hier die Anleitung, z.B. von Ehrenamtlichen oder 1-Euro-Kräften, durch Fachkräfte weg, können zahlreiche Angebote für die Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr vorgehalten werden.

Insbesondere in strukturschwachen Regionen ist die Rolle von Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz von besonderer Wichtigkeit. Dort wo Kinder und Jugendliche mit der Arbeits- und Perspektivlosigkeit ihrer Eltern konfrontiert werden, fällt es schwer, eigene Lebenswege, Eigenmotivation und Zukunftsvorstellungen zu entwickeln. Gerade hier kann und muss Kinder- und Jugendhilfe ansetzen.

Mit der Reduzierung des Fachkräfteprogramms verabschiedet sich das Land Sachsen-Anhalt von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen im Land.



Stellungnahme zum 17. Bericht des Ausschusses für psychiatrische Angelegenheiten am 19. Januar veröffentlicht

Bereits im September 2010 wurde der 17. Tätigkeitsbericht des Psychiatrieausschusses und seiner Besuchskommissionen veröffentlicht. Das Fachreferat des PARITÄTISCHEN regte eine Diskussion zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Berichts mit den Mitgliedsorganisationen des Verbandes an.

Die Steuerungsgruppe »Hilfen für Menschen mit Behinderungen« bündelte die Diskussionsergebnisse und forderte das Fachreferat auf, eine Stellungnahme zum Bericht innerhalb des LIGA-Fachausschusses »Behindertenhilfe« einzubringen. Im Dezember 2010 fand die Diskussion mit den LIGA-Verbänden statt. Unsere Positionen teilten die anderen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, so dass unsere Argumente in der gemeinsam verabschiedeten Stellungnahme der LIGA vollständig aufgenommen wurden. Der Vorstand der LIGA hat nun in seiner Sitzung am 18. Januar dieser Stellungnahme ebenfalls zugestimmt. Die schriftliche Stellungnahme wurde dem Landtag zugeschickt und konnte im Rahmen der öffentlichen Anhörung am 19. Januar mündlich von Frau Dreger (CARITAS) erörtert werden.

Wesentliche Punkte der Stellungnahme aus der Sicht der Behindertenhilfe sind:

- Der LIGA-Fachausschuss »Behindertenhilfe« teilt die Meinungen des Ausschusses zu den aufgeführten Schwerpunktthemen des 17. Berichts, soweit diese in seinem Zuständigkeitsbereich liegen. Die Positionen der LIGA-Gremien »Landesstelle für Suchtfragen«, der Fachausschüsse »Altenhilfe und Gesundheit« und »Kinder- und Jugendhilfe« werden ebenfalls in der Stellungnahme kommentiert.
- Die Berichte der Besuchskommissionen bestätigen die Träger der Behindertenhilfe in ihrer Arbeit. Die Arbeit wird in den Berichten gewürdigt. Die Hinweise der Besuchskommissionen z. B. zur Personalausstattung, zur Kombinierbarkeit von Leistungstypen, zu fehlenden Angeboten der Supervision oder arbeitsfähigen Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften (PSAG) in den Landkreisen sind hinlänglich bekannt und eine Verbesserung wird seit Jahren eingefordert.
- Es wird eine Beteiligung an der Debatte, wie man die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen im Land voran bringen kann, angeregt. Aus unserer Sicht müssen die Artikel 19, 20, 23, 27, 30 Grundlage der künftigen Arbeit des Ausschusses darstellen.
- Es wird auf ein zunehmendes Problem aufmerksam gemacht: Die medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen in unserem Bundesland. Genannt werden folgende Probleme und konkrete Vorschläge zur Verbesserung:

- zu lange Wartezeiten in Arztpraxen – diese stellen für Menschen mit geistiger Behinderung und das Begleitpersonal oft große Herausforderungen dar und führen z. B. zu Verhaltensauffälligkeiten bei den Patienten
- Während der Krankenhausaufenthalte wird auf die individuellen Besonderheiten ungenügend eingegangen – Menschen mit schweren geistigen und mehrfachen Behinderungen benötigen eine besondere engmaschige pädagogische/pflegerische Betreuung, die auch im Krankenhaus gesichert werden muss
- Krankenhausaufenthalte werden aufgrund schlechter Erfahrungen oder des fremden Settings von Menschen mit schweren geistigen und mehrfachen Behinderungen häufig abgelehnt und können zu traumatischen Erlebnissen führen
- Menschen mit schweren geistigen und mehrfachen Behinderungen benötigen ein besonderes Setting im Krankenhaus: pädagogisches und pflegerisches Personal, welches auf Vorlieben, Rituale, Eigenheiten in Verhaltensmustern sensibel eingehen kann und die Patienten beruhigt und motiviert. Für diesen Personenkreis ist eine kurze Verweildauer im Krankenhaus besonders wichtig.
- Interdisziplinäres Denken und Handeln aller Beteiligten im medizinischen und sozialen Rehabilitationssystem muss sich im Land weiter entwickeln. Es werden ärztliche Weiterbildungen zum Thema »Umgang mit Patienten mit geistiger Behinderung« eingefordert.
- Klienten mit Doppeldiagnosen (geistige Behinderung und psychische Erkrankung / Suchterkrankung, psychische Erkrankung und Suchterkrankung) finden keine, auf ihre Krankheitsbilder spezialisierte Behandlung.
- Klienten aus Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe werden vor Ort nicht hausärztlich versorgt, wenn sie aus anderen Regionen kommen. Ärzte der Allgemeinmedizin nehmen keine neuen Patienten auf, weil sie überlastet sind!

Die vollständige Stellungnahme kann auf unserer Homepage unter »Fachinformationen Behindertenhilfe« heruntergeladen werden!



Ralf Hattermann
Grundsatzreferent Behindertenhilfe
Tel.: 0391 / 6293533
rhammermann@mdlv.paritaet.org

Sozialagentur verschlechtert die Zugänge zu den Hilfen der Eingliederung

Fahrdienste für Menschen mit Behinderungen zu den Einrichtungen der Behindertenhilfe gefährdet. Ein Kommentar zum Arbeitshinweis der Sozialagentur Sachsen-Anhalt. Der PARITÄTISCHE fordert Nachbesserungen

Die Sozialagentur Sachsen-Anhalt hat als überörtlicher Träger der Sozialhilfe (üöTrSH) am 10.11.2010 mit den Arbeitshinweis 07/2010 den herangezogenen Gebietskörperschaften (hGK) überarbeitete Festlegungen zur Bewilligung der Fahrdienstleistungen zu teilstationären Einrichtungen an die Hand gegeben. Mit dem vorliegenden Arbeitshinweis konkretisiert die Sozialagentur den Zugang, die Auftragsvergabe sowie die Erbringung der Leistung in Form eines Persönlichen Budgets. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hält diesen Arbeitshinweis für diskussionswürdig und übt Kritik zu folgenden Aspekten:

Es gibt einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Beförderung von Menschen mit Behinderung in teilstationäre Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Mit den veränderten Regelungen im Arbeitshinweis 07/2010 werden die Zugänge in die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM), in die Tagesstätten und in die integrativen Kindertagesstätten erschwert.

Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch für Menschen mit Behinderungen ist selbstverständlich im Sinne von Normalisierung und Inklusion zu unterstützen. Allerdings wissen wir, dass die Verkehrsinfrastruktur in den Landkreisen durchaus nicht gut ausgebaut ist. Im Arbeitshinweis wird der Eindruck erweckt, dass durch die veränderten Regelungen versucht wird, den Handlungsspielraum der Kommunen bei der Leistungsgewährung deutlich einzugrenzen, letztlich mit dem Ziel der Kostensenkung in der Eingliederungshilfe. Grundsätzlich sind die Feststellung des sozialhilferechtlich relevanten Bedarfs unter Berücksichtigung des Individualisierungsgrundsatzes und die Betonung der Einzelfallentscheidung nicht zu beanstanden und entsprechen der geltenden Gesetzeslage, dennoch ist zu befürchten, dass die Formulierungen im Arbeitshinweis darauf abzielen, künftig die Gewährung von Fahrdienstleistungen als Ausnahmeentscheidung zu betrachten.

Die pauschal geregelten Zumutbarkeitsgrenzen von Wegstrecken und Wegzeiten begründen unsere Befürchtung. Hier hat die Sozialagentur zum Zwecke der Kosteneinsparung offensichtlich willkürlich Festlegungen getroffen, die z. T. eine Verschlechterung zu den bisher geltenden Regelungen (vgl. Rundschreiben 31/1998 des üöTrSH) darstellen und im Vergleich zu Regelungen im Schüler- und Schülerinnenverkehr in Sachsen-Anhalt eine Schlechterstellung von Men-



schen mit Behinderung aufzeigen. Die Zumutbarkeitsgrenze der Wegstrecke von 120 Minuten für Hin- und Rückfahrt liegt bei Weitem über den Werkstattempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), die 45 Minuten je Fahrt angeben. Bei der Beförderung von Kindern mit Behinderung zu den Kindertagesstätten stellt der behinderungsbedingte Mehraufwand ab einer zusätzlichen Wegzeit von jeweils 20 Minuten eine zusätzliche Benachteiligung der betroffenen Kinder sowie Ihrer Familien dar. Es ist nicht vertretbar, Kinder mit Behinderungen und deren Familien für die fehlenden flächendeckenden Teilhabeangebote in diesem Bereich zu bestrafen. Diese pauschale Festsetzung von Zugangsvoraussetzungen widerspricht dem Individualisierungsgrundsatz und ist weder nachvollziehbar noch akzeptabel.

Der kategorische Ausschluss einer medizinischen Bewertung des Gesundheitszustandes sowie eine Bewertung des Fachausschusses der Werkstatt für die Feststellung des sozialhilferechtlichen Bedarfs bleiben fraglich. Wir halten es für dringend

Positionen

notwendig für eine ganzheitliche Einschätzung sämtliche beteiligte Akteure in das Bewertungsverfahren mit einzubeziehen. Im Besonderen gilt das auch für die Beteiligung von Betroffenen selbst am Entscheidungsprozess, was laut Arbeitshinweis nicht erforderlich ist. Hier möchte der PARITÄTISCHE auf die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (BRK) verweisen, in der die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung verankert ist. In Bezug auf den Ausschluss einer Bewertung des Gesundheitszustandes erstaunt es, dass dieses Kriterium im weiteren Text des Arbeitshinweises dann doch als Bewertungsgrundlage für einen Leistungsanspruch benannt wird.

Mit dem Blick auf die BRK ist die Erbringung der Leistung in Form eines Persönlichen Budgets zu begrüßen. Jedoch ist eine Pauschale von 0,50 €/km unakzeptabel. Hier wird durch die Sozialagentur wiederum ein willkürlicher Richtwert gesetzt und führt zu offensichtlichen Benachteiligungen der Budgetnehmer und Budgetnehmerinnen gegenüber Sachleistungsbezieherinnen und -bezieherinnen.

Weiterhin weist der PARITÄTISCHE auf begriffliche Formulierungen hin und mahnt diesbezüglich einen sensibilisierten Umgang an. Der Fahrdienst wird in dem Arbeitshinweis als »Sondersystem« bezeichnet. Diese ausdrückliche Beschreibung ist nicht nur unpassend, weil der Begriff exkludierend ist, sondern auch weil diese Beschreibung dem Leitgedanken der Inklusion in der BRK konträr gegenübersteht (vgl. Art. 9 Abs. 2 BRK). Der Fahrdienst für Menschen mit Behinderung sichert den Zugang zu den gesetzlich garantierten Leistungen zur Teilhabe. Im Sinne der BRK trägt er dazu bei, gesellschaftli-

che und strukturelle Barrieren zu überwinden. Hier sei an die Tatsache erinnert, dass sich die Bundesrepublik Deutschland durch die Ratifizierung der BRK verpflichtet hat, den Inhalt der im Übereinkommen geregelten Menschenrechte wie deutsches Recht zu behandeln und zu befolgen. Das gilt auch für das Land Sachsen-Anhalt.

Die Regelungen des Arbeitshinweises müssen sich aus unserer Sicht an der BRK messen lassen, insbesondere an den Allgemeinen Grundsätzen in Art. 3 BRK, die den Gesetzgeber verpflichtet, eine wirksame Teilhabe an der Gesellschaft sicherzustellen sowie an Art. 20 BRK, nach dem Maßnahmen für eine größtmögliche Mobilität von Menschen mit Behinderung zu treffen sind.

Der PARITÄTISCHE fordert die Sozialagentur sowie das Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt auf, darauf hinzuwirken, dass bei der Umsetzung des Arbeitshinweises die aus unserer Sicht dargelegten Problemfelder Berücksichtigung finden, im Sinne der Menschen mit Behinderung. Die Verantwortung kann nicht allein durch die zum Teil überforderten Sozialämter übernommen werden. Damit bekräftigen wir auch die bereits vorliegende Stellungnahme zum Arbeitshinweis von Seiten unserer Mitgliedsorganisation »Landesverband der Lebenshilfe e. V.«. Letztlich werden wir den Wahlkampf der anstehenden Landtagswahl nutzen, mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen auf dem Weg zu einer »wirklichen« Teilhabe in die Gesellschaft zu unterstützen.

Weitere Informationen zum Arbeitshinweis finden Sie in der Stellungnahme zum Arbeitshinweis auf unserer Homepage unter »Fachinformationen Behindertenhilfe«.

Berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderungen

Teilhabe am Leben in der Gesellschaft wird durch die Möglichkeiten und Chancen einer beruflichen Tätigkeit im Alltag eines jeden Menschen geprägt. Mit der Aufnahme einer Berufsausbildung wird ebenso der Schritt in den nächsten Lebensabschnitt, der Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen vollzogen. Neben der Existenzsicherung werden vor allem das Ansehen, Selbstwert und der soziale Status als wesentliche Grundkonstanten einer beruflichen Tätigkeit in der Fachdiskussion beschrieben.



Mit dem Erlernen einer beruflichen Tätigkeit werden Menschen zu vollwertigen Mitgliedern unserer Gesellschaft. Arbeit ist somit mehr als eine reine Erwerbstätigkeit. Für Menschen mit Behinderung erlangt der integrative und soziale Aspekt in einer Erwerbstätigkeit eine besondere Bedeutung. Der Erwerbsarbeit für Menschen mit Behinderung und dem Zusammenhang zwischen Arbeitstätigkeit (sozialer Integration) und Arbeitslosigkeit (sozialer Isolation) muss dabei besondere Beachtung geschenkt werden.

In den Berufsbildungsbereichen der Werkstätten der Lebenshilfe in Sachsen-Anhalt werden die Grundlagen für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben und die soziale Integration gelegt. Nicht allein der im § 136 SGB XI formulierte Bildungsauftrag ist dabei handlungsleitend

für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Durch die vielfach sehr intensive und enge Zusammenarbeit mit den regionalen Schulen in Form von Praktika und ähnlichen Angeboten wird den jungen Erwachsenen bereits sehr frühzeitig die Gelegenheit eröffnet, die Angebote im Berufsbildungsbereich und den Arbeitsbereichen kennenzulernen, sich über die konzeptionelle Ausgestaltung zu informieren und Erfahrungen in unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern zu sammeln.

Die Interessen, Wünsche und Neigungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter Berücksichtigung der Angebote in den Arbeitsbereichen der jeweiligen Werkstätten stehen dabei im zentralen Fokus. Das sehr differenzierte und vielschichtige Angebot der Werkstätten für Menschen mit Behinderung, wel-

Positionen

ches sich an den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Werkstatt selbst ausrichtet, bieten abwechslungsreiche und anspruchsvolle Aufgaben- und Tätigkeitsfelder. Die berufliche Bildung in der Werkstatt für Menschen mit Behinderung wird dabei als ein ganzheitlicher Prozess verstanden und entsprechend ausgestaltet. Somit steht neben der fachlichen und berufsorientierten Qualifizierung für die spätere berufliche Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder der Werkstatt für behinderten Menschen, die zweite wesentliche Säule, die Vermittlung sozialer und lebenspraktischer Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten im zentralen Fokus jeglicher Angebote. Planmäßiges pädagogisch-fachliches Vorgehen auf der Grundlage individueller Förderpläne ermöglicht eine zielgerichtete und individualisierte Ausgestaltung der Ausbildungsinhalte. Rahmenpläne zur Gestaltung der verschiedenen Lern- und Bildungsmaßnahmen unterstützen die Arbeit der speziell ausgebildeten Fachkräfte und stellen die Qualität der entsprechenden Angebote sicher. Die strukturelle Ausgestaltung der Angebote orientiert sich an den Gegebenheiten der allgemeinen Berufsausbildung. Die Untergliederung theoretische Ausbildungszeiten und praktische Lerneinheiten hat sich in den Werkstätten etabliert, wobei sich die sehr enge Verzahnung der jeweiligen Teilbereiche als bereichernd für die Menschen herauskristallisiert hat. Die Vermittlung der theoretischen Ausbildungsinhalte wird teilweise gemeinsam mit regionalen Partnern gestalten und durchgeführt. Im Rahmen der begleitenden Maßnahmen u.a. zur Förderung der Persönlichkeit der Menschen mit Behinderung, als feste Bestandteile der beruflichen Bildung, werden auf die Erfahrungen und Kompetenzen von Netzwerkpartnern aus speziellen Fachbereichen (VHS, Vereine) zurückgegriffen. In kleinen Gruppen werden bereits Teilarbeitsschritte praxisnah vorgestellt und in individuell angepasster Form vermittelt. Dabei werden die vorhandenen Fähigkeiten und Fertigkeiten angesprochen und gefestigt aber auch neue, für die zukünftige Tätigkeit wesentliche Kompetenzen vermittelt.

Der Berufsbildungsbereich ist dabei in zwei Phasen untergliedert. In einem ersten Schritt, dem Grundkurs, erhalten Menschen mit Behinderung die Möglichkeit die verschiedenen Arbeitsfelder und Angebote der Werkstatt im Berufsbildungsbereich kennenzulernen und Basiskompetenzen zu erlangen. Sie werden stufenweise in die Abläufe der Werkstatt eingeführt und über die jeweiligen Tätigkeitsfelder in den Bereichen informiert. Bereist in dieser Phase haben die Auszubildenden die Chance einen Einblick in verschiedene Tätigkeitsfelder der Werkstatt zu bekommen und Erfahrungen mit verschiedenen Geräten, Maschinen und Werkstoffen zu sammeln.

Im sich anschließenden zweiten Teil, dem Aufbaukurs wird bei den bereits erworbenen Kompetenzen angesetzt. Diese werden durch spezielle Einzel- und Gruppenangebote vertieft und durch diverse Praktika in den Arbeitsbereichen ergänzt.



Durch diese Form erhalten die Auszubildenden einen direkten Einblick in die reale Arbeitssituation und können neue fachpraktische Kenntnisse erwerben. Dabei wird auch darauf hingewirkt, dass sich die Flexibilität und Selbstständigkeit des Auszubildenden erhöht. Neben den werkstattinternen Praktika in den Arbeitsbereichen können unter Berücksichtigung der Neigungen Wünsche und Angebote zusätzlich Betriebspraktika in regionalen Firmen und Betrieben absolviert werden. Die Ausrichtung der Inhalte an anerkannten Berufsausbildungen (Hauswirtschaftshelfer, Holzbearbeiter, Gartenbauwerker, Metallfachwerker, ...) wird dabei durch die personenorientierte und binnendifferenzierte Anpassung der Angebote erreicht. Zusätzlich erfolgt die berufliche Qualifizierung in werkstattbezogenen Fachrichtungen, die sich in Abhängigkeit der Angebote der jeweiligen Werkstatt unterscheiden können. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung leisten einen wesentlichen Beitrag zur beruflichen Qualifizierung und unterstützen die Teilhabe und soziale Integration von Menschen mit Behinderung in unsere Gesellschaft.

Die Unterstützung und Begleitung durch ausgebildete Fachkräfte zur Arbeits- und Berufsförderung, die personenzentrierte Herangehensweise, die Berücksichtigung von Neigungen und Wünschen und die ganzheitliche Förderung trägt deutlich dazu bei, Menschen mit Behinderung auf die Herausforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes und/oder den Arbeitsbereich der Werkstatt für Menschen mit Behinderung vorzubereiten. Dabei wird auf den vorhandenen Kompetenzen, den bereits erworbenen Fähig- und Fertigkeiten aufbauend ein individueller Förderplan erarbeitet, der die Basis für die weiteren Angebote und Schwerpunkte der Ausbildung ist.

Die Auszubildenden sollen in Rahmen der 24 monatigen Ausbildung Schlüsselqualifikationen erwerben, die sie in die Lage versetzen, diese Kompetenzen auf andere Lebens- und Arbeitsbereiche übertragen zu können. Somit unterbreitet die Werkstatt für Menschen mit Behinderung neben der reinen fachlichen Qualifizierung auch Angebote zur Förderung der Persönlichkeit und sozialer und lebenspraktischer Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten.



Antje Ludwig
 Referentin Vorstand / Geschäftsführung
 Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung
 Tel.: 0391 / 6293505 • aludwig@mdlv.paritaet.org

Mehr Einfluss für Beiräte in Jobcentern möglich

Im Zuge der Reform der Jobcenter (Träger der Grundsicherung) sollen lt. § 18d SGB II flächendeckend und verbindlich Beiräte eingerichtet werden, um die Jobcenter bei der Umsetzung der Eingliederungsleistungen zu beraten.

Voraussetzung für eine wirksame Arbeit der Beiräte ist, dass die Jobcenter Transparenz über ihre Arbeit schaffen z.B. Informationen über die Höhe des Eingliederungstitels, geplante Maßnahmen und deren Grundlagen zu geben. Auf dieser Grundlage können die Beiräte dann Empfehlungen zur Maßnahmeplanung d.h. zur Erstellung eines örtlichen Arbeitsmarktprogramms unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel und Wirkungserwartung aussprechen. Auch die Bedarfslagen der Arbeitslosen und die Entwicklung des örtlichen Arbeitsmarktes können durch den Beirat analysiert werden. Dafür ist eine Einschätzung der regionalen Beschäftigungschancen und –risiken, der strukturellen Lage sowie die Ermittlung lokaler Handlungspotentiale durch den Beirat vorzunehmen- eine anspruchsvolle und umfassende Aufgabe für die jeweiligen Beiräte.

Mitglieder des Beirates können sein: Beteiligte des örtlichen Arbeitsmarktes, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, VertreterInnen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Kammern und berufsständischen Organisationen. Es ist auch möglich, den Teilnehmerkreis durch Vertretungen der Jugend- und Sozialämter zu erweitern, aus Sicht des PARITÄTISCHEN eine sinnvolle Möglichkeit, um Schnittstellen zu klären und bestehende Angebote wirksam miteinander zu verbinden. Ausgeschlossen von der Mitarbeit im Beirat sind VertreterInnen von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes, die selbst Eingliederungsleistungen nach dem SGB II erbringen. Mit dieser Regelung sollen Interessenkonflikte vermieden werden. Diese gesetzliche Regelung ist nicht unumstritten, da gerade die Anbieter von Eingliederungsleistungen über die notwendige Fachkompetenz und Erfahrung zur sinnvollen und wirksamen Ausgestaltung der Eingliederungsleistungen verfügen. Interessenkonflikte können ebenso bei den Vertretern der Arbeitgeber, Kammern und Gewerkschaften auftreten, da diese z.B. geförderte Weiterbildungseinrichtungen betreiben oder gleichfalls Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung umsetzen. Wohlfahrtsverbände, deren Mitglieder Eingliederungsleistungen erbringen, können in den örtlichen Beirat berufen werden.

Die Vertretung kann auch verbandsübergreifend erfolgen z.B. über die örtlichen Kreisarbeitsgemeinschaften der Freien Wohlfahrtspflege. Diese sollte, nach einem Abstimmungsprozess unter den Wohlfahrtsverbänden, aktiv auf die Jobcenter zugehen und ihre Mitwirkung anbieten.

Derzeit laufen die Verfahren zur Bildung von Beiräten in den Jobcentern erst an, da diese nach der Gesetzesreform zu Beginn des Jahres mit umfassenden Umstrukturierungsprozessen befasst waren.

Der PARITÄTISCHE hat eine [aktuelle Handreichung zur Unterstützung freier Träger in Beiräten](#) erarbeitet. Diese umfasst auch fachliche Empfehlungen für die Umsetzung von Angeboten der öffentlich geförderten Beschäftigung insbesondere von Arbeitsgelegenheiten. Es wird ausdrücklich empfohlen, in den Beiräten darauf hinzuwirken, dass sinnstiftende und qualifizierende Tätigkeiten im Rahmen der Zusatzjobs für Langzeitarbeitslose umgesetzt werden können. Der PARITÄTISCHE empfiehlt auch, solche Formen der öffentlich geförderten Beschäftigung anzubieten, die ohne Kriterien der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses auskommen und marktnahe Tätigkeiten ermöglichen. Somit kann sich öffentlich geförderte Beschäftigung am besten an der Normalität des Arbeitsmarktes orientieren.

Die vollständige Fassung der Handreichung finden Sie unter www.paritaet-isa.de/Fachinfos/Arbeitsmarktpolitik zum Download.



Ist der heutige Standard sozialer Arbeit unter dem Druck knapper Kassen zukünftig noch haltbar?

Die aktuellen Herausforderungen für soziale Einrichtungen und Dienste haben sich in den letzten Jahren enorm verändert. Der Druck knapper Kassen und die Kürzungen öffentlicher Mittel, verbunden mit der hohen Dynamik der Reformen der sozialen Sicherungssysteme führen dazu, dass der finanzielle Spielraum zunehmend enger wird.

Die Bereitstellung und Finanzierung sozialer Dienstleistungen zählen zu einem immer wichtiger werdenden Aufgabengebiet der Sozialpolitik. Insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl von Menschen, die zur Bewältigung ihres Lebens auf soziale Unterstützung angewiesen sind.

Einen großen Teil hat die Veränderung der Arbeitswelt dazu beigetragen und zu neuen Bedarfslagen, zu individuellen Tagesstrukturen, zur Unterbrechung und/oder zum Abbruch von Erwerbsbiographien bzw. zur Gefährdung des Familienzusammenhalts geführt. Die Folge ist ein erhöhter Bedarf an Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, aber auch an familienunterstützenden Einrichtungen, Beratung und Fortbildung sowie an der zunehmend flexibleren Gestaltung von Angeboten.

Zugleich verändern sich Familienstrukturen, die nur zum Teil mit dem Wandel der Arbeitswelt zusammenhängen. Auffallend ist dabei eine Verschiebung der Generationen. Kinder werden später geboren, ältere Menschen gehen früher in den Ruhestand. Die höhere berufliche Belastung kann die Erziehung der Kleinkinder erschweren, in Extremfällen kommt es zur Überschneidung mit der Pflege der alt gewordenen Eltern. Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt zu und die Haushalte werden kleiner. Insgesamt führen die Veränderung von Lebensformen und die steigende Mobilität zu einer Veränderung der Hilfebedarfe im Bereich sozialer Dienstleistungen in Erziehung, Betreuung und Pflege.

In allen Tätigkeitsfeldern sozialer Arbeit sind zunehmend Angebote gefragt, die sich an einen flexiblen Arbeits- und Familienalltag anpassen, Eigenverantwortung stärken und Normalisierung ermöglichen.

Dem Wunsch nach Integration hilfebedürftiger Menschen steht die Erfahrung gegenüber, dass neue Notsituationen personalintensive Hilfeangebote fordern: Koma-Patienten, dauerbeatmete Kinder, schwerstmehrfachbehinderte Menschen, die heute dank der medizinischen Entwicklung, auch mit schweren Beeinträchtigungen leben können.

Eine besondere Herausforderung stellt die Nachfrage und Versorgung von Menschen mit Behinderungen dar. Neben familienunterstützenden Angeboten sind Tagesbetreuungs-

einrichtungen wie auch gegenüber den stationären Wohnformen alternative Wohnangebote gefragt.

Die demografische Entwicklung führt zu zunehmenden Problemen und neuen Aufgabenstellungen im Bereich der Versorgung älterer Menschen. Die Zahl der Hochbetagten, der chronisch Kranken und der demenziell Erkrankten steigt - parallel erhöht sich der Bedarf an geronto-psychiatrischer Versorgung, altengerechten Wohnungen, Betreuungsangeboten sowie Pflege und Begleitung. Ältere Menschen möchten möglichst lange in der eigenen Häuslichkeit leben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen haben sich die sozialen Angebote verändert. Die Entwicklung eines Sozialmarktes mit Wettbewerb und gleichzeitiger Konzentrationsprozesse bei den Unternehmen sozialer Arbeit gehört genauso wie neu erwachendes soziales Engagement und Eigenhilfe von Bürgern dazu. Im Bereich der bisherigen »klassischen« sozialen Dienstleistungen ergaben sich tiefgreifende Veränderungen. Es kam zum Druck auf Standards und Tarifstrukturen und damit auch auf die Beschäftigten. Das ist u.a. mit ein Grund, dass es zunehmend schwierig ist, qualifiziertes Personal in den Einrichtungen zu halten und/oder neue Mitarbeiter zu gewinnen – die schleichende Abwanderung besonders junger Fachkräfte in die alten Bundesländer hat in Sachsen-Anhalt auch mit dem niedrigen Gehaltsniveau zu tun. Die bisherigen Vergütungen für die Leistungen z. B. der Einrichtungen der Behindertenhilfe liegen in Sachsen-Anhalt 30% unter dem Bundesdurchschnitt. In den letzten Jahren hat das Land den stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten sowohl in der Behinderten- als auch in der Altenhilfe keine Vergütungssteigerungen in Höhe der vergleichbaren Tarifabschlüsse und tatsächlichen Sachkostensteigerungen zugestanden. Insgesamt ist die Lage widersprüchlich. Positive und negative Entwicklungen liegen eng beieinander und sind oft miteinander verbunden.

- Zum einen setzen die Leistungsträger in unserem Land auf den Weg zu mehr Markt und Wettbewerb, zum anderen kommt es zur Ausweitung der Bürokratisierung durch vermehrte Vorgaben und ausgeweitete Kontrollen.
- Auf mehr Verantwortung und Eigenentscheidung vor Ort, z. B. in den Kommunen wird gesetzt, jedoch werden die finanziellen Lasten nach unten weitergegeben.

- Es vollzieht sich ein Trend zu qualitativ hochwertigen Angeboten, vor allem in der Behinderten- und Altenhilfe. Andererseits führt der Wettbewerb zu einem Druck auf die Standards und zu Billigangeboten, vor allem in den ambulanten Pflegediensten.
- Einerseits nehmen die Bedarfe zu und auf der anderen Seite singt die Bereitschaft, die dafür benötigten öffentlichen Mittel bereit zu stellen. Die daraus resultierenden Mehraufwendungen konzentrieren sich überwiegend auf den privaten Bereich.

Für stationären Einrichtungen und ambulante Dienste ist es schwierig, einen Weg aus diesen Fesseln zu finden. Dies kann nur gelingen, wenn sie ihre Position am Sozialmarkt stärken, Einfachtätigkeiten zunehmend aus ihren Angeboten auslagern. Dennoch sind fast zeitgleich die immer kleiner werdenden Leistungsbudgets zu spüren. Es bleibt weniger Zeit für den einzelnen Hilfebedürftigen und zur Stärkung seiner lebensweltlichen Ressourcen. Die Gefahr, dass soziale Dienstleistungen eher produktorientiert als beziehungsorientiert ausgerichtet sind, hat in den letzten zehn Jahren rapide zugenommen.

Wir für Sie: individuelle Beratung, besonderer Service, spezielle Unterstützung

Das Referat Entgelte berät umfassend die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt insbesondere bei Leistungs- und Vergütungsverhandlungen. Darüber hinaus gibt es spezielle Bedarfe von Einrichtungen und Diensten, für diese wir Ihnen individuelle Beratung, besonderen Service und spezielle Unterstützung anbieten bei:

- Wir erstellen für Sie Ihre passgenaue Kalkulation zur Berechnung der Entgelte – fachkundig, speziell auf Ihren Bedarf angepasst. Die besonderen Anforderungen und Konzepte stehen dabei im Mittelpunkt.
- Wir beraten Sie kompetent in der Vor- und Nachbereitung Ihrer Entgeltverhandlung – von der inhaltlichen, strukturellen Prüfung Ihrer Antrags-, Kalkulationsunterlagen und Entgeltberechnungen über den Vergleich zu anderen Anbietern bis hin zu Argumentationshilfen auf Grundlage von Rechtsprechungen.
- Wir begleiten Sie fachlich bei Ihrem Schiedsstellen- oder Klageverfahren – von der inhaltlichen, strukturellen Prüfung Ihrer Antrags-, Kalkulationsunterlagen bis hin zur Vorbereitung von Vergleichen Ihres Leistungsangebotes in Ihrer Region bzw. landesweitbezogen auf bekannte Kennziffern.

Der Umfang und die Intensität der Beratung und Begleitung können Sie zu Beginn des Beratungskontakts mit uns vereinbaren.

Diese Sozialunternehmen stellen sich den inhaltlichen Anforderungen der entsprechenden Leistungssysteme, stellen stationäre, teilstationäre und ambulante Leistungen zur Verfügung und gehen zunehmend Wege der Differenzierung und bedarfsgerechten Ausgestaltung bzw. der Entwicklung neuer Leistungssystemen. Der PARITÄTISCHE unterstützt und begleitet seine Mitgliedsorganisationen fachlich, inhaltlich, betriebswirtschaftlich und juristisch in diesen Prozessen.

Veränderungen in den Finanzierungssystemen der sozialen Arbeit erfordern Weiterentwicklungen in den Prozessen der Beratung, Verhandlungsvorbereitung und –durchführung. Diesen Veränderungen Rechnung tragend, stellt der PARITÄTISCHE Instrumente zur Kalkulation von Pflegesätzen, Entgelten und Vergütungen in den Bereichen Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe sowie die Begleitung in Verhandlungen zur Verfügung und steht Ihnen mit seinem breit gefächerten Repertoire an Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Seite.

Frau Birgit Konowski
Frau Ivonne Löffler

0391 | 6293 482
0391 | 6293 481

Um diese umfangreiche, komplexen Beratungen zu ermöglichen, können wir auf nachfolgend benannte externe Berater und Dienstleister zurückgreifen:

Frau Petra Paulsen-Voigt (Betriebswirtin)
Herr Dr. Martin Nanzka Rechtsanwalt für Sozialrecht
Herr Christian Rasch (Rechtsanwalt für Verwaltungsrecht)
Herr Rainer Schock (Rechtsanwalt für Sozialrecht)



Landesweites Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt veröffentlicht Broschüre

Im Mai 2008 initiierte die Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking (LIKO) die Gründung des landesweiten Netzwerks für ein Leben ohne Gewalt. Das Netzwerk setzt sich zusammen aus den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenzentren und Frauenhäuser, der Interventionsstellen, der Beratungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt, sowie der Beratungsstelle ProMann, der VERA-Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung und dem Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V.



Es ist ein Zusammenschluss von Institutionen, welche vom Land Sachsen-Anhalt gefördert werden und aktiv gegen Gewalt im sozialen Nahraum tätig ist. Unterstützt wird es Netzwerk von den Gleichstellungsbeauftragten.

Das landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt zielt darauf ab, die bestehenden institutionellen Ressourcen des Opferschutzes im Zusammenhang mit Gewalt im sozialen Nahraum in Sachsen-Anhalt zu verbessern und zu festigen. Zudem soll das jeweilige Expertenwissen der einzelnen Mitglieder gebündelt und Kompetenzen durch den regelmäßigen Fachaustausch erweitert werden. Ein weiteres Ziel des landesweiten Netzwerkes ist es, gemeinsam den Blick Richtung Politik und Öffentlichkeit zu richten. Gewalt im sozialen Nahraum ist keine Privatangelegenheit. Sie muss von der Gesellschaft wahrgenommen werden, damit sie verhindert

werden kann. Darüber hinaus soll die gemeinsame Facharbeit durch Seminare und Fachdiskussionen MultiplikatorInnen schulen und gewinnen.

Anlässlich des 25. November, dem internationalen Gedenktag »NEIN gegen Gewalt an Frauen«, veröffentlicht das landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt eine Informationsbroschüre. Unter Federführung des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e.V. und der Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking wurde ein gemeinsames Konzept entwickelt. Es beschreibt die Arbeitsfelder, strukturelle bzw. inhaltliche Entwicklungen und Fallzahlen der einzelnen Mitglieder und das Zusammenwirken des Netzwerkes. Zudem wurde ein landesweiter Bedarf abgeleitet, der den Opferschutz in Sachsen-Anhalt maßgeblich verbessert.



Die Broschüre steht unter www.liko-sachsen-anhalt.de als Download zur Verfügung.

Wohn- und Teilhabegesetz Sachsen-Anhalt beschlossen

Der Landtag hat am 09. Dezember 2010 das Gesetz über Wohnformen und Teilhabe (Wohn- und Teilhabegesetz - WTG) beschlossen. Dieses wird die Regelungen des bisherigen Heimgesetzes ablösen und soll laut Pressemitteilung des Ministeriums für Gesundheit und Soziales die Qualität der Pflege und Betreuung sowie des Wohnens in stationären Einrichtungen und sonstigen Wohnformen verbessern. Das neue Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung (Veröffentlichung im Gesetzes- und Verordnungsblatt Sachsen-Anhalt entsprechend) in Kraft.

Das Gesetz unterscheidet in seinen Regelungen zwischen stationären Wohnformen, sonstigen nicht selbst organisierten Wohnformen und selbstorganisierten Wohngemeinschaften, für letztere wird lediglich der Anspruch auf Beratung geregelt. Keine Anwendung wird das Gesetz auf das sogenannte Service-Wohnen/ Betreutes Wohnen sowie Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen finden.

Ab dem 01.01.2012 ist die zuständige Behörde verpflichtet, Qualitätsberichte über die von ihr geprüften Einrichtungen zu verfassen. Diese Berichte müssen laut Gesetz die Qualität der in den Einrichtungen und Wohnformen erbrachten Leistungsangebote übersichtlich und vergleichbar darstellen, die Transparenz der Einrichtungen und Wohnformen verbessern und auch für Laien verständlich sein. Die Einrichtungen sind verpflichtet, die Qualitätsberichte der zuständigen Behörde

ab dem 1. Januar 2012 im Internet oder in anderer geeigneter Form zu veröffentlichen, an gut sichtbarer Stelle in seinen Betriebs- oder Geschäftsräumen und im Eingangsbereich der stationären Einrichtung oder sonstigen nicht selbstorganisierten Wohnform auszuhängen oder auszulegen sowie diese vor Abschluss von Verträgen nach dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern auszuhändigen.

Bis zum Inkrafttreten - bisher noch nicht erarbeiteter - Verordnungen aufgrund dieses Gesetzes, gelten die Verordnungen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden sind, fort. Somit bleiben die bisherige Heimmindestbauverordnung, Heimpersonalverordnung, Heimitwirkungsverordnung sowie Heimsicherungsverordnung zunächst in Kraft.

Empfehlung für unsere Mitglieder: »Praxisratgeber«

Der PARITÄTISCHE hat seine Erfahrungen in der Gründung und Führung, bei Steuern und Finanzen in gemeinnützigen Organisationen zusammengefasst und stellt sie Ihnen zur Verfügung.

Erhältlich im Buchhandel oder beim Walhalla-Fachverlag: www.walhalla.de



Satzungsgestaltung, Umstrukturierung, Konfliktbewältigung
Arbeitshilfe mit kommentierter Mustersatzung
Walhalla Rechtshilfen

Paperback | 192 Seiten | 12,5 x 18,7 cm

Von: Ulla Engler, Michael Goetz, Werner Hesse, Gertrud Tacke

ISBN: 978-3-8029-3831-3

Auflage: 3., aktualisierte Auflage

Erscheinungsdatum: Dezember 2010



Gründung, Führung, Steuern und Finanzen
Arbeitshilfe mit kommentiertem Muster-Gesellschaftsvertrag

Paperback | 192 Seiten | 12,5 x 18,7 cm

Von: Ulla Engler, Werner Hesse

ISBN: 978-3-8029-3841-2

Erscheinungsdatum: Dezember 2010

Tagungsrückblick »Persönliche Assistenz in Sachsen-Anhalt«

Persönliche Assistenz ist ein mittlerweile häufig gehörter Terminus. Es ist aber auch ein Begriff, der sehr unterschiedlich gebraucht und verstanden werden kann. Das Projekt Perspektive B. beim PARITÄTISCHEN Landesverband Sachsen-Anhalt lud daher zu einem Fachtag am 14.12.2010 in Magdeburg ein, um dieses Thema etwas näher zu beleuchten. Knapp 50 Anmeldungen ließen auf ein großes Interesse an der Thematik schließen.

Als Referenten der Fachvorträge waren Marcus Lippe, Justitiar bei den ambulanten Diensten Berlin e.V. und Annett Melzer, selbst Assistenznehmerin, von FORSEA geladen. Darüberhinaus stellten in kurzen Statements der Verein zur sozialen und beruflichen Integration (VSBI) e.V. Merseburg und der Verein Lebenstraum e.V. aus Halle als Leistungsanbieter die aktuelle Situation in Sachsen-Anhalt dar. Heiko Schütz vom »Projekt Perspektive B.« erörterte kurz die Thematik Assistenz und Persönliches Budget in unserem Bundesland. Die anschließende engagierte Diskussion wurde von Evelin Nitsch-Boek, Grundsatzreferentin für Behindertenhilfe des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt moderiert.

Persönliche Assistenz wird im Allgemeinen als Oberbegriff für die alltäglichen und wiederkehrenden notwendigen Hilfen im Leben des behinderten Menschen verstanden. Das verbindet Pflege (gem. SGB XI) mit Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (gem. SGB IX, weiterführend gem. SGB XII). Darüber hinaus können noch weitere Bereiche hinzukommen, so zum Beispiel der Bereich Häusliche Krankenpflege (gem. SGB V) oder Teilhabeleistungen gem. SGB III. Persönliche Assistenz ermöglicht so Menschen mit Behinderung selbstbestimmt in der eigenen Wohnung zu leben, und fördert die aktive und bewusste Gestaltung des eigenen Lebens. So kann ein Mensch mit Behinderung gleichberechtigt am Leben in der Gemeinschaft teilhaben, wie es für jeden nicht behinderten Menschen selbstverständlich ist.

Beide Fachvorträge stellten das Thema Persönliche Assistenz aus unterschiedlichen Blickwinkeln dar. Herr Lippe aus Sicht eines Leistungsanbieters mit einer vereinbarten Sachleistung Persönliche Assistenz, dem Berliner Leistungskomplex LK 32. Frau Melzer aus Sachsen-Anhalt aus der Sicht des Arbeitgebers im sogenannten Arbeitgebermodell. Beiden Ansätzen ist in der derzeitigen praktischen Umsetzung über den Leistungsträger gemein, dass der Zugang zur Leistung bisher nur über die Pflege möglich ist. Die Pflegestufe als Grundvoraussetzung für den Bereich Assistenz wurde jedoch sowohl von den Referenten, als auch von vielen Teilnehmern der Veranstaltung sehr kritisch betrachtet. Vielmehr sind in den Tätigkeitsbeschreibungen des LK 32 und auch in der Alltagsdarstellung von Frau Melzer sehr viele Komponenten enthalten, die genau betrachtet Teilhabeleistungen am Leben in der Gemeinschaft sind. Unterstützung in Form von Persönlicher Assistenz beinhaltet demnach meist beide Komponenten in unterschiedlicher Gewichtung um das individuelle selbst-

bestimmte Leben zu ermöglichen. Fachkräfte sind für »normale« Persönliche Assistenz nicht notwendig berichteten beide Referenten, wobei spezifische Weiterbildungen oder, wie beim ad Berlin, ein Pflicht-Basiskurs Assistenz für die Qualität der Leistung günstig seien. Hier zählen vielmehr vor allem die »Chemie« zwischen dem Assistenznehmer und dem Assistenten und die Bereitschaft, sich auf die jeweils andere Person einlassen zu können. In Einzelfällen sind jedoch auch Leistungen notwendig, die eine fachliche Ausführung erfordern, so z.B. bei der Häuslichen Krankenpflege gem. SGB V. In diesen Fällen erfolgt die fachliche Absicherung über den Dienstanbieter oder im Persönlichen Budget über Auflagen des Kostenträgers für Fachpersonal.

Einig waren sich alle Teilnehmer der Fachtagung, dass für die verantwortungsvolle Tätigkeit von Assistenten auch eine entsprechende Entlohnung erfolgen muss, um eine Kontinuität und Qualität in der Betreuung sicher zu stellen. Die Bezahlung seitens der Kostenträger solle es Arbeitgebern und Dienstleistern ermöglichen, betriebswirtschaftlich tragfähig Leistungen mit einer leistungsgerechten Entlohnung von Assistenten anbieten zu können. Der Satz von bis zu 19,96 € des LK 32 in Berlin könne dabei als Orientierung dienen. Daran anknüpfend schilderten die Leistungsanbieter Lebenstraum e.V. und VSBI e.V. kurz die Schwierigkeiten Persönliche Assistenz in Sachsen-Anhalt als kostendeckende kontinuierliche Dienstleistung anzubieten. Einerseits sei ein Hilfebedarf an ambulanter Unterstützungsleistung vorhanden, andererseits kann er aus finanziellen Gründen nicht umfassend durch die Leistungsanbieter gedeckt werden. Grund sei, dass es keine vereinbarte Sachleistung gebe und das Persönliche Budget das Thema Persönliche Assistenz sehr ungenügend betrachte.

Fazit:

Persönliche Assistenz ist ein Thema, welches zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Beschränkung des Zugangs für Assistenzleistung auf den Bereich Pflege sollte angesichts des Tätigkeitsumfangs aber auch im Hinblick auf den immer stärker werdenden Blick auf Inklusion und Teilhabe behinderter Menschen auf alle Teilhabeleistungen erweitert werden, darin waren sich die meisten Teilnehmer der Fachtagung einig. Wünschenswert sei die Betrachtung von Persönlicher Assistenz als notwendige personenzentrierte Unterstützungsleistung im Alltag behinderter Menschen mit offenem Zugang.

Was ist neu am Bundeskinderschutzgesetz vom 14. Dezember 2010?

Öffentlichkeitswirksam hat Bundesfamilienministerin Fr. Dr. Kristina Schröder am 14. Dezember die Eckpfeiler des Bundeskinderschutzgesetzes vorgestellt. Inhaltlich ist der Entwurf sehr nah am Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Kindern (kurz Kinderschutzgesetz) in Sachsen-Anhalt ausgerichtet.

Die im Vorfeld strittigen Punkte zu den Bereichen - zwingende Hausbesuche des Jugendamtes bei Meldungen zum Kinderschutz, Befugnisnorm für Ärzte, Psychologen usw. - sind nach den Einwänden und Anhörungen der Fachverbände und Experten bedacht worden. Vier Eckpfeiler hat die Bundesfamilienministerin zur Umsetzung des Gesetzes näher dargelegt, das am 1. Januar 2012 in Kraft treten soll.

Aktiver Kinderschutz durch Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke

Der Ausbau von Frühen Hilfen und Netzwerken zum Kinderschutz, so wie dies zum Teil schon in Sachsen-Anhalt an einigen Orten durchgeführt wird, soll im Bundeskinderschutzgesetz eingeführt werden. Darüber hinaus werden für den Einsatz von Familienhebammen ab 2012 jährlich 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bedingt durch den z.B. in Sachsen-Anhalt starken Anstieg von ambulanten Maßnahmen im Bereich der Hilfen zur Erziehung, ist das eingeplante Geld sicherlich gut investiert. Es sollte darüber hinaus von Seiten der Bundesregierung zur Entlastung der Kommunen und Landkreise eine finanzielle Unterstützung vorgesehen werden, die Leistungen und Hilfen im ambulanten und stationären Bereich der Erziehungshilfen ermöglicht. Insbesondere der Anstieg der Inobhutnahmen und die Meldungen nach § 8a Schutzauftrag Kindeswohlgefährdung sind in den Jugendamtsbezirken des Landes Sachsen-Anhalt gestiegen und stehen in einem engen Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung.

Aktiver Kinderschutz durch mehr Handlungs- und Rechtssicherheit

Handlungs- und Rechtssicherheit soll durch das sogenannte »Jugendamts-Hopping« von Familien unterbunden werden, in dem eine schnelle Weitergabe von Informationen zum Einzelfall bzw. zur Familie an das neue zuständige Jugendamt übergeben werden. Der zwingende Hausbesuch ist dann angezeigt, wenn dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich sein sollte. Ärzte bzw. Psychologen können im Rahmen der auszugestaltenden Befugnisnorm, die Weitergabe von Informationen an das Jugendamt vornehmen. Dies ist bereits im Kinderschutzgesetz Sachsen-Anhalt in den Artikeln 2 bis 5 für die unterschiedlichen Berufsgruppen geregelt. Ebenso ist nach § 30a Bundeszentralregistergesetz seit 1. Mai 2010 die Einführung von sogenannten erweiterten Führungs-

zeugnissen für hauptamtliche Mitarbeiter in der Jugendhilfe bereits vollzogen worden. Die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN haben sich frühzeitig an dieser Norm orientiert und diese umgesetzt. Konsequenterweise verbindet der Gesetzgeber die vorgesehene Anwendung mit der Erteilung von Betriebserlaubnissen für Einrichtungen.

Besonders hervorzuheben ist die analog zu § 8a Schutzauftrag Kindeswohlgefährdung SGB VIII Abs. 2 vorgesehene Empfehlung »Einrichtungen haben einen Anspruch auf fachliche Begleitung in Kinderschutzfragen«. Mit der Formulierung wird der Anspruch postuliert, dass »insoweit erfahrene Fachkräfte« Aufwandsentschädigungen geltend machen dürfen. Wie das Gesetz diesen Bereich definieren wird, bleibt abzuwarten. Konkrete und valide Regelungen sind in der Praxis bisher noch nicht ausreichend bekannt geworden.

Aktiver Kinderschutz durch verbindliche Standards

Von hoher Bedeutung sind die Erfahrungen aus den Expertenkreisen der Runden Tische, »Heimerziehung in den frühen 50er und 60er Jahren« sowie aus dem Runden Tisch »Sexueller Mißbrauch« in Einrichtungen der Jugendhilfe, die in das Gesetz eingebunden werden sollen. »So wird gesetzlich festgeschrieben sein, dass Standards wie Leitlinien zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen oder zur Prävention von Machtmissbrauch in Einrichtungen entwickelt, angewendet und auch regelmäßig überprüft werden müssen.«

Der PARITÄTISCHE begrüßt diese Empfehlung außerordentlich! An dieser Stelle geht der Bundesgesetzgeber einen wichtigen Schritt zur Verankerung von Rechten bei Kindern und Jugendlichen in Hilfen und Einrichtungen der Jugendhilfe, die der PARITÄTISCHE als fachlichen Standard mit der Publikation »Selbstverpflichtungen als Element PARITÄTISCHER Qualitätsentwicklung in den Hilfen zur Erziehung« bereits aufgreift und definiert. Einige Einrichtungen im Bereich der stationären Hilfen im Bereich des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt werden hierzu im Jahr 2011 weitere Standards erarbeiten und diese in das bestehende Qualitätsmanagementhandbuch aufnehmen. Eine Fachtagung dazu wird ebenfalls vom PARITÄTISCHEN im Jahr 2011 ausgerichtet. Ebenso konsequent ist die beabsichtigte Einführung dieser Standards mit der Verknüpfung der Erteilung bzw. Aufrechterhaltung von Betriebserlaubnissen bzw. dem Erhalt von Leistungsentgelten.

Informationen

Aktiver Kinderschutz durch belastbare statistische Daten

Die Meldungen und Fallkonstruktionen nach § 8a SGB VIII Schutzauftrag zur Kindeswohlgefährdung werden in die Kinder- und Jugendhilfestatistik des Bundes aufgenommen. Insofern wird ein wichtiger Schritt zur Vervollständigung der Datenbasis vorgeschlagen und die Entwicklung der Fallzahlen auf Bundes, Landes- und Landkreisebene können vergleichend aufbereitet werden. Insgesamt sind die Vorschläge zur Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes zu begrüßen und decken sich mit einer Vielzahl von bereits bestehenden Landesregelungen bzw. Regelungen zum § 8a SGB VIII, die in

der Praxis anzutreffen sind. Besonders hervorzuheben sind die konsequenten Verknüpfungen bei der Erteilung von Betriebserlaubnissen mit Konzepten zur Partizipation und der Einhaltung von Rechten für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Jugendhilfe. Wenn dieser Teil der Empfehlungen in der vorgebrachten Weise zum 1. Januar 2012 Wirklichkeit werden wird, stellen die Bestandteile der UN-Kinderrechtskonvention, die Erkenntnisse aus den Runden Tischen Heimerziehung und Sexueller Mißbrauch, das Kinder- und Jugendhilferecht sowie die Landesregelungen zu Rahmenvereinbarungen und individuellen Hilfeplangestaltungen ein komplexes Gesamtwerk bei der Umsetzung von Kinderrechten dar.

Neuer Ansprechpartner im Grundsatzreferat Behindertenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich möchte mich Ihnen als neuer Ansprechpartner im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderung im PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt vorstellen.

Mein Name ist Ralf Hattermann.

Ich bin Sozial- und Erziehungswissenschaftler und Diplom-Heilpädagoge (FH), arbeitete u. a. als Wohnbereichsleiter im Betreuten Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung und als Hochschuldozent im Bereich Sozial- und Gesundheitswesen mit den Schwerpunkten Hilfen für Menschen mit Behinderung, Empowerment, Inklusion/Exklusion und Spiel/Theater.

Seit dem 1. Januar 2011 bin ich Grundsatzreferent für Behindertenhilfe. Damit übernehme ich nahtlos die Nachfolge von Evelin Nitsch-Boek. Die Schwerpunkte und Ziele des Grundsatzreferates werden wie bisher weiter verfolgt und es wird eine gute Zusammenarbeit mit dem Referat Entgelte stattfinden.

Ich stehe Ihnen als Ansprechpartner in der Landesgeschäftsstelle telefonisch unter 0391 | 629353,
Mobil: 0151 16266735 und per E-Mail unter rhattermann@mdlv.paritaet.org zur Verfügung.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Ihr Ralf Hattermann



»Citizen active - aktive Bürger/innen« Ein transatlantisches Bildungsprojekt

Bürgerschaftliches Engagement und der aktive Einsatz für das Gemeinwohl jenseits von öffentlicher Förderung sind in den USA eine kulturelle Selbstverständlichkeit. Dieses Engagement gilt als grundlegender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, unabhängig von persönlicher Herkunft und Status. Möglicherweise ist es eine soziale Notwendigkeit in einem Land mit geringer staatlicher Unterstützung, sich für die eigenen Interessen und für die Belange von hilfebedürftigen Menschen einzusetzen. Aber es ist ebenfalls starker Ausdruck des bürgerschaftlichen Anspruches auf Selbstbestimmung und -betätigung.

Das umfassende Sicherungssystem eines historisch gewachsenen Wohlfahrtsstaates wie Deutschland gilt auf der einen Seite zu Recht als grundlegender Meilenstein in der Entwicklung eines sozialen Staates, der seine Bürger/innen z.B. bei unvorhergesehenen Einschränkungen vor dem sozialen Abstieg bewahrt. Allerdings verhindert diese Fürsorge möglicherweise auch private Engagementpotentiale.

»Citizen active – aktive Bürger/innen« brachte Teilnehmende aus Deutschland und aus den USA zusammen, um US-amerikanische Modelle des Freiwilligen-Engagements und des Fundraisings kennen zu lernen und nach Möglichkeiten suchen, diese auf deutsche Verhältnisse zu übertragen.

Das Projekt konzentrierte sich dabei auf drei Themenspektren:

- »Politisch-historische Bildung«
- »Community Organizing/Gemeinwesenarbeit« und
- »Schulische Benachteiligtenförderung«.

Die deutschen Teilnehmenden, die die umfassenden Erfahrungen - u. a. als Multiplikator/innen - auch über die Projektlaufzeit hinaus in ihre Arbeit integrieren werden, arbeiten in folgenden Bereichen:

- Freiwilligenagentur Frankfurt(Oder) e.V.
- Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V.
- Gedenkstätte Lichtenburg, Prettin
- Gedenkstätte Buchenwald, Weimar
- Reinhardswald-Grundschule Berlin
- Werner-Stephan-Oberschule Berlin
- Rückenwind e. V. Schönebeck
- Verbund Sozialpädagogischer Projekte e.V., Dresden
- ANTL - Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz Tecklenburger Land e. V., Tecklenburg
- PARITÄTISCHES Jugendwerk Sachsen-Anhalt, Magdeburg

»Citizen active« hatte mit einer Laufzeit von zwei Jahren mehrere inhaltliche Schwerpunkte:

1. Eine elftägige Studienreise (September 2009) in den USA, bei der sich die Beteiligten beider Länder kennen lernten und die Besucher/innen aus Deutschland Einblicke in die Praxis des gemeinwohlorientierten, bürgerschaftlichen Engagements erhielten.

2. Die deutschen Teilnehmenden entwickelten im Zeitraum Oktober 2009 bis Juni 2010 ein auf ihren Tätigkeitsbereich zugeschnittenes Modell um zu erproben, ob in den USA bewährte Aktivitäten an die hier vorzufindenden Strukturen angepasst und weiter entwickelt werden können. Dabei wurden sie von einem/r US-amerikanischen Partner/in unterstützt. Die Projektleitung betreute die deutschen Aktiven in dieser Zeit regelmäßig vor Ort.

3. Nach der Erprobung lernten die US-amerikanischen Teilnehmenden in einem zweiwöchigen Aufenthalt im Juni 2010 die erarbeiteten Projekte vor Ort kennen. Im Vordergrund standen der fachliche Austausch mit Akteur/innen ähnlicher Einsatzgebiete und das Kennenlernen unterschiedlicher Modelle von Fundraising und Engagement(förderung) in Deutschland.

4. Dieser Projektphase folgte eine abschließende Tagung, die für Interessierte über den Kreis der bis dato beteiligten Akteur/innen hinaus geöffnet wurde. Während der Tagung wurde die Anwendbarkeit US-amerikanischer Modelle von Fundraising und Freiwilligenengagement in Deutschland diskutiert werden.

Das PARITÄTISCHE Jugendwerk Sachsen-Anhalt arbeitet während des Projektes im Tätigkeitsbereich »Politisch-historische Bildung«. In den USA standen hierfür u.a. Kontakte (Besuche, Gespräche, Vorträge etc.) in Einrichtungen wie dem US Holocaust Memorial Museum Washington DC, der Bildungsabteilung des Jüdisches Museums in Washington DC, dem Liberty Museum in Philadelphia, dem Jewish Heritage Museum of NY sowie dem Richard Stockton College of NJ. Beim Besuch des Richard Stockton College wurde ich in mehrere Bildungs-

Informationen

veranstaltungen mit eingebunden (Seminare, Vorträge) und konnte dabei erste Kontakte zum dortigen Studienleiter Dr. Michael Hayse und zu zwei Holocaust-Überlebenden (Fred Spiegel und Ernst Paul) knüpfen. Dieser beeindruckende Kontakt verstärkte sich und das Interesse der US-Amerikaner an der politisch-historischen Bildungsarbeit des PJW Sachsen-Anhalt war groß. So erhielt ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland eine Mail von Dr. M. Hayse, mit der Bitte, im Rahmen einer Studienreise der US-amerikanischen Studenten des Stockton College, im Mai 2010, ein Programm zum Thema »Internationaler Rechtsextremismus« zu gestalten. So wohl inhaltlich, als auch unter dem Aspekten des Fundraising war dies eine Herausforderung. Es galt für ca. 40 Personen, von denen ca. 34 Personen lediglich englisch sprachen, eine mehrtätige (ca. 1 Woche) Bildungsveranstaltung zu organisieren, zu konzipieren, und finanziell abzusichern. Diese Bildungsveranstaltung wurde Bestandteil der Studienreise der US-amerikanischen Studenten des Stockton College

Die Studiengruppe des Stockton College of NJ umfasste 34 Teilnehmer (Studenten und Dozenten), darunter 3 Holocaustüberlebende. Die Reise führte durch die Niederlande und Deutschland. Sie wurde maßgeblich geprägt von den Erfahrungen der Holocaustüberlebenden Maud Dame, Fred Spiegel und Ernst Paul, die an den Orten ihrer Erinnerung zurückkehrten. Vor dem Berlin-Besuch wurden u.a. historisch bedeutsame Orte wie die KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Bergen-Belsen besichtigt.

Dem Aufenthalt der amerikanischen Studenten in Deutschland ging eine sehr umfangreiche Vorbereitung in den USA, insbesondere auch mit den teilnehmenden Zeitzeugen, voraus. „Aus der Geschichte nichts gelernt? – Nationaler und internationaler Rechtsextremismus“, so der Titel der Fachtagung in der Landesjugendbildungsstätte des PARITÄTISCHEN, Schloss Peseckendorf, bei Magdeburg. Neben Fachvorträgen und Diskussionsforen, in denen u.a. auch rechtsextreme Netzwerke in Europa und den USA thematisiert wurden, wurde auch eine Ausstellung über Zwangsarbeit und KZ-Haft in Magdeburg vorgestellt.

Besondere Wertschätzung erfuhr die Fachveranstaltung durch die Teilnahme von Dieter Steinecke, Landtagspräsident von Sachsen – Anhalt und Dr. Gabriele Girke, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN. Sie eröffneten und begleiteten die Veranstaltung und standen darüber hinaus für Diskussionen zur Verfügung.

Nach diesem 1. Teil der Bildungsreise, welche in Kooperation mit zahlreichen regionalen Partnern, wie dem Netzwerk für Demokratie und Toleranz, durchgeführt wurde, folgte der Aufenthalt in Berlin (siehe Ablaufplanung) Viele der amerikanischen Studenten waren das erste Mal in Deutschland. Die Begleitung von drei Holocaustüberlebenden bot einen

sehr persönlichen emotionalen Rahmen. Die Ergriffenheit der Teilnehmer bei den Besuchen der einzelnen Gedenkstätten war spürbar. Die historischen Orte (wie z.B. das Haus der Wannsee-Konferenz) in Berlin boten vielfältige Einblicke in ein sehr komplexes Herrschafts – und Vernichtungssystem in der Zeit des 3. Reiches.

Sehr auffällig war das große Interesse der Teilnehmer an historischen und gegenwärtigen Prozessen der Demokratieentwicklung in Deutschland, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der deutschen Teilung und der damit verbundenen Teilung Berlins.

Zahlreiche amerikanische Studenten beabsichtigen nach dem Ende ihres Studiums in pädagogischen Berufen tätig zu werden. Damit verband sich während ihres Aufenthaltes also auch immer die Frage nach den pädagogischen Möglichkeiten und Grenzen bei der schulischen und außerschulischen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Dies auch vor dem Hintergrund von Geschichtsvermittlung und Verantwortungsübernahme durch Pädagogen für diesen wichtigen Prozess. Der Austausch von Erfahrungen im Kontext politisch – historischer Bildungsarbeit war ein wesentlicher Aspekt des deutsch – amerikanischen Projektes.

Somit gab es eine große Übereinstimmung zwischen den Dozenten und Studenten Stockton College, den Zeitzeugen und dem PARITÄTISCHEN Jugendwerk Sachsen-Anhalt, dass diese Bildungsreise der Auftakt für eine längerfristige und kontinuierliche Zusammenarbeit der beiden Bildungseinrichtungen (Stockton College und PARITÄTISCHES Jugendwerk), in Sinne eines nachhaltigen Wissenstransfers, sein sollte. So kam es auch im November 2010 zu mit Dr. M. Hayse in Magdeburg, u.a. um auch nach gemeinsamen Projekten für 2012 zu suchen.

Ausführlichere Berichte zu dieser Reise sind auf der Homepage des Stockton College nachlesbar. In den einzelnen Blogs wurden die Erlebnisse und Eindrücke dokumentiert: http://stocktonholocaust.ning.com/?xg_source=msg_mes_network.

Herzlichen Dank für die Unterstützung und Förderung dieses Projektes gilt neben allen Kooperationspartnern, Kollegen und freiwilligen Helfern insbesondere der Landeszentrale für politische Bildung, der Checkpoint Charlie-Stiftung Berlin, Miteinander e. V. und Micha Frickenhaus für seine Dolmetscher-Dienste.

Arbeitskreis Jugendhilfe, Bildung und Schulsozialarbeit gegründet – »Bildung ist mehr als nur Schule«

Das PARITÄTISCHE Jugendwerk PJW und das Grundsatzreferat Kinder- und Jugendhilfe haben am 3. Dezember 2010 mit 11 Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN den Arbeitskreis Jugendhilfe, Bildung und Schulsozialarbeit ins Leben gerufen.



Wie bereits in der vergangenen Ausgabe der Blickpunkte mit dem Themenschwerpunkt »Bildung eröffnet Chancen« dargestellt, ist das Thema Bildung sehr eng mit sozialen Fragestellungen verknüpft. Nicht nur die Themengebiete der Jugendhilfe, Jugendarbeit, Jugendbildung, Hilfen zur Erziehung, frühkindlichen Bildung und schulbezogenen Jugendsozialarbeit sind hier zu erwähnen, sondern die sozialpolitische Bedeutung der Verknüpfung von sozialer Teilhabe, Gerechtigkeit und Bildungserfolg.

Schule alleine wird die notwendigen gesellschaftlichen Herausforderungen und Veränderungen nicht bewältigen können. **»Der PARITÄTISCHE macht Schule«** - diese Aussage beinhaltet Lobbyarbeit für junge Menschen und Familien, die im bestehenden Schulwesen ausgegrenzt und benachteiligt werden.

Die Arbeitsfelder der Jugendhilfe sind beim Thema Bildung zu wenig präsent. Der Bildungsbegriff wird fast ausschließlich von der Schule belegt. Dabei umfasst Jugendhilfe eine Vielzahl von Bildungsprozessen und diese müssen stärkere Beachtung finden.

Dies bedeutet, sich einmischen, sozialpolitische und bildungspolitische Forderungen zu entwickeln, Schule und Jugendhilfe besser miteinander verzahnen, Schulsozialarbeit als Regelangebot schulbezogener Jugendhilfe werden zu lassen. Auf den Punkt gebracht: Inklusion fördern - Benachteiligung verhindern.

Der Arbeitskreis hat eine interessante Mischung aus Teilnehmenden der Jugendarbeit, der Jugendberufshilfe, der Schulsozialarbeit, der Hilfen zur Erziehung und aus der Behindertenhilfe. Dies zeigt, wie vielfältig die Interessenlagen zum Thema Bildung, Schule, Jugendhilfe gelagert sind. Folgende Arbeitsschwerpunkte werden in der nachfolgenden Zeit von den Teilnehmenden gewünscht.

- Die Überarbeitung der PARITÄTISCHEN Schul-Thesen zu einem »Thesepapier Bildung«
- Den Förderrahmen für Jugend- und Bildungsarbeit im PARITÄTISCHEN effektiver ausbauen
- Schulsozialarbeit nachhaltig über das Jahr 2013 stärken
- Schulen in freier Trägerschaft auch für Kinder, Jugendliche und Familien entwickeln, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht sind.

Der Arbeitskreis hat eine sozialpolitische Ausrichtung und wird sich am 4. März 2011 wieder treffen.



Landesverbände stellen sich vor

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste – ijgd

Hinter dem Namen ijgd verbirgt sich eine der ältesten und die größte Workcamp-Organisation Deutschlands. 1949 organisierte eine Initiative von Hannoveraner SchülerInnen und LehrerInnen die ersten Freiwilligendienste mit internationalen TeilnehmerInnen. In den Jahren nach dem Krieg eine neue, demokratische Gesellschaft und eine dementsprechende Jugendarbeit aufzubauen, war eine große Herausforderung, der sich ijgd stellte. Durch internationale Zusammenarbeit sollte der Frieden gesichert werden.

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wuchsen die die ijgd: zurzeit organisieren die ijgd pro Jahr ca. 120 internationale Workcamps in Deutschland. Etwa 240 GruppenleiterInnen werden pro Jahr ausgebildet. Zu den Workcamps sind im Laufe der Zeit noch andere wesentliche Arbeitsbereiche hinzugekommen. So gibt es heute bei ijgd das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ), den Europäischen Freiwilligendienst, das Freiwillige soziale Jahr in der Denkmalpflege (FJD) und das Freiwillige soziale Jahr im politischen Leben (FSJ Politik) und viele andere - meist kleinere - Projekte.

Durch die Aktivitäten des Vereins sollen Menschen allen Alters gesellschaftliche Verhältnisse bewusst gemacht werden, so dass sie in einer demokratischen Gesellschaft eigenverantwortlich Entscheidungen treffen können, handeln und zur internationalen Völkerverständigung beitragen können.

Diese Ziele umfassen die Förderung des Verständnisses und den Abbau von Vorurteilen zwischen Angehörigen verschiedener Nationen, sozialer Schichten, Religionen und Weltanschauungen. Die Ziele und das Konzept der von ijgd durchgeführten Projekte werden von den sechs inhaltlichen »Säulen« getragen. Diese sind:

- Interkulturelles Lernen
- Freiwilligenarbeit
- Selbstorganisation
- Soziales Lernen
- Emanzipation der Geschlechter
- Ökologisches Lernen

Die ijgd bestehen aus einem Bundesverein, an den 14 Landesvereine angeschlossen sind. Alle Landesvereine sind als eigenständige gemeinnützige Vereine anerkannt. Die Arbeit von ijgd wird von fünf Geschäftsstellen und deren Regional-



büros aus organisiert. Ein ehrenamtlicher Vorstand wacht über die Geschicke des Vereins. Die ijgd sind kirchlich und parteipolitisch unabhängig.

In Halberstadt wurden Anfang 1991 die Landesvereine der ijgd für Sachsen-Anhalt und Thüringen ins Leben gerufen. Von der Halberstädter Geschäftsstelle aus werden heute alle Belange der ijgd Landesvereine Sachsen-Anhalt und Thüringen koordiniert. In der Halberstädter Geschäftsstelle haben die Geschäftsführung, die Finanzbuchhaltung sowie die Projekte FSJ, FÖJ und das Freiwillige Soziale Jahr in der Denkmalpflege ihren Sitz.

Die Geschäftsstelle ist derzeit Arbeitgeber für 23 MitarbeiterInnen, die u.a. in unterschiedlichen Regionalbüros in Sachsen-Anhalt und Thüringen die Vereine mit den verschiedenen Projekten vertreten. Seit 2009 sind wir anerkannter Ausbildungsbetrieb und bieten interessierten Jugendlichen die Möglichkeit bei uns ihre Ausbildung zum Bürokaufmann/ zur Bürokauffrau zu absolvieren.

Weitere Informationen unter www.ijgd.de

Kontakt:

ijgd - Landesvereine Sachsen-Anhalt e.V. und Thüringen e.V.
Westendorf 26
38820 Halberstadt
Tel.: 03941- 56520
Fax: 03941- 565252

www.paritaet-lsa.de:
Informationen online

The image shows a screenshot of the website www.paritaet-lsa.de. The top part displays the homepage with a banner for 'Hilfe, die wirkt' (Help that works) and '20 Jahre Behindertenhilfe'. Below the banner is a navigation menu with links for Home, Sitemap, Termine, Kontakt, and Impressum. The main content area is divided into several sections: 'Aktuelles' (Current), 'Verband' (Association), 'Fachinfo' (Special Information), 'Dienstleistungen' (Services), 'Mitglieder' (Members), 'Qualitätsgemeinschaften' (Quality Communities), 'Projekte' (Projects), and 'Links'. A search bar is also present. The 'Aktuelles' section features a news item dated 17.02.2011 about a 43,000 Euro donation for people with disabilities. The 'Fachinfo' section is highlighted, showing a detailed article about the 'Hilfe, die wirkt' campaign, which was launched on October 27th. The article mentions that 20 member organizations of the association are participating in the campaign, which aims to raise awareness and support for people with disabilities. Below the article, there are two small images with captions: 'Altenhilfe' (Elderly care) and 'Behindertenhilfe / Sozialhilfe' (Disability/ Social assistance). The right side of the screenshot shows a 'Fördermittel' (Funding) section with a list of recent funding opportunities, including a workshop for children and youth, and a call for applications for a barrier-free renovation of living space.

Unter www.paritaet-lsa.de finden Sie viele nützliche Informationen rund um den PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt, neueste Fachinformationen, Positionen und Stellungnahmen sowie unser komplettes Dienstleistungsangebot.

Der Terminkalender informiert aktuell über unsere Veranstaltungen.

Als Mitgliedsorganisation haben Sie die Möglichkeit, eigene Informationen über die Webseite des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt zu veröffentlichen.

Schauen Sie regelmäßig rein!



5. PARITÄTISCHER Tag der Altmark in Kunrau

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt Regionalstelle Altmark | Jerichower Land und der Fremdenverkehrsverein Jeetze-Ohre-Drömling e.V. veranstalteten am Samstag, 28.08.2010 den 5. PARITÄTISCHEN Tag der Altmark und das 7. Schlossparkfest im Park des Schlosses Kunrau.

Die Schirmherrschaft übernahm der Landrat des Altmarkkreises Salzwedel, Herr Michael Ziche. Mit dieser Veranstaltung wurde die, im Jahr 2000 ins Leben gerufene Form der Begegnung von Mitgliedsvereinen, Selbsthilfegruppen und Bürgern aus der Altmark fortgesetzt. Nach begeisternden und ereignisreichen Veranstaltungen in Gardelegen, Schollene, Beetzendorf und Kläden bei Stendal trafen wir uns nun im Schlosspark in Kunrau.

Über 20 Mitgliedsorganisationen, Selbsthilfegruppen und überregionale Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN aus dem Altmarkkreis Salzwedel und dem Landkreis Stendal, u.a. der **Beratungsstelle für Hörbehinderte e.V.**, der **Altmärkische Gehörlosenverein e.V.**, das **Jugendförderunگزentrum Gardelegen e.V.**, die **GIW Mühlenberg gGmbH Schollene**, der **Kunstplatte e.V. Stendal**, das **SocialCentrum Altmark**, der **Frauen- und Kinderhaus e.V. Salzwedel**, die **Lebenshilfe »Altmark West« gGmbH**, der **Therapiegemeinschaft Westhavelland e.V. Wulkau** um nur einige zu benennen, gestalteten den Tag aktiv durch Informations- und Verkaufsstände oder bereicherten das niveauvolle und abwechslungsreiche Bühnenprogramm.

Auch Vereine, Initiativen und Bürger aus Kunrau und Umgebung waren starke Partner bei der Organisation und Gestaltung dieses erlebnisreichen gemeinsamen Festes.



Gesprächsrunde zum demografischen Wandel: »Die Jungen hauen ab«

Wie ist das heutige Leben auf dem Land? Welche Vorteile gibt es? Welche Nachteile? Was sollte geändert werden? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigte sich der PARITÄTISCHE. Geschäftsführer Bernd Zürcher aus Stendal hat Vertreter der Stadt Osterburg, Kommunen und Einrichtungen eingeladen, um über Probleme zu sprechen, die eigentlich nicht neu sind.

»Wir wollen heute Abend nicht über Betroffene reden, sondern mit ihnen.« Mit diesen Worte begrüßte Hartmuth Raden, Bürgermeister der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg, rund 20 Teilnehmer. Der PARITÄTISCHE hatte mit dem Förderprogramm »Stärken vor Ort« die Probleme der Region analysiert, um mit Bürgern der Region Lösungsansätze zu finden. Im Mittelpunkt stand dabei der demografische Verlauf – hauptsächliche Grundlage für die heutigen Schwierigkeiten, wie Schulschließungen, kaum Einkaufsmöglichkeiten, schlechte

Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Ärztemangel, kaum Jugendarbeit. Die Stadt Osterburg verliert bis jetzt jährlich 150 Bürger. Geograf und Demograf Dr. Wolfgang Weiß von der Universität Greifswald präsentierte seine Ergebnisse: Kaum eine Region in Deutschland ist so vom Bevölkerungsverlust geprägt, wie die Altmark. »Das Problem ist, dass das Leben auf dem Land aus Sicht der Stadt nichts wert ist – bis auf die Ruhe und der schönen Aussicht.« Ökonomisch verliert sich so der ländliche Raum in die Bedeutungslosigkeit.

In 15 Jahren werden laut Prognose im Landkreis Stendal rund 40 000 Menschen weniger leben als heute. Das macht prozentual einen Bevölkerungsverlust von 22,4 Prozent. »Wir müssen mindestens auf jeden Fünften verzichten«, machte Weiß deutlich. »Die Jungen hauen ab.« Dabei beobachtete der Demograf, dass eher junge Frauen aus den neuen Bundesländer sich entschließen, in die Ferne zu ziehen, als ihre männlichen Altersgenossen. Ein Phänomen, das sogar europaweit einmalig ist. Die Ursache dafür sieht er in der Entwicklung des Frauenbildes in der DDR. Die erzogene Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der heutigen Großmütter und

Mütter spiegelt sich seiner Meinung nach in den Mädchen wider. Außerdem ist eine Abwanderung qualitätsorientiert. Schon mit dem Studium beginnt meistens der Wegzug: Die Jugend zieht in die Stadt und bleibt auch dort. Diejenigen, die eine qualifizierte Ausbildung haben, sind weg. »Oder auch, wer den Bahnhof nicht findet, bleibt hier.« Der Geburtenrückgang ist allerdings keine Erscheinung der heutigen Gesellschaft, sondern begann schon vor einigen Jahrzehnten. »Es ist erschreckend, wie viele Senioren keine Kinder haben und die, die Kinder haben, haben kaum Enkel.«
(Ivonne Bolle, Altmarkzeitung)

4. Kunst- und Kulturwettbewerbs »re-reflect«: »Chancengleichheit für alle«

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, das Stendaler Fernsehen - Offener Kanal Stendal, der Kunstplatte e. V. und das Theater der Altmark riefen im Frühjahr alle Interessierten auf, sich mit ihren künstlerischen Beiträgen an diesem Landeswettbewerb zu beteiligen.

Die Beiträge mussten sich mit folgenden Fragen beschäftigen:

- Wie werden die „Behinderungen“ in unserer Gesellschaft wahrgenommen?
- Was kann durch den engagierten Einsatz der Menschen verändert werden?
- Welche Visionen haben die Teilnehmer für die Zukunft in unserer Gesellschaft?

Zum Einsendeschluss im September waren 31 Beiträge eingegangen. Die Vorjury nominierte 14 Gedichte, Theaterstücke, Filme und Videos für die Abschlussveranstaltung und Preisverleihung am 24.10.2010 im Theater der Altmark in Stendal. In einer sehr emotionalen und oft vor Spannung knisternen Atmosphäre wurden die jeweiligen Beiträge präsentiert sowie die Macher und Künstler vorgestellt. Die Jury, Frederike Duggen, Schauspielerin im Theater der Altmark, Ilka Hein, Moderatorin beim MDR Radio Sachsen-Anhalt, Katrin Kunert Mitglied des Bundestages, Evelin Nitsch-Boek, Grundsatzreferentin des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt und Markus Graubner, Vorsitzender des Kreisbehindertenbeirates Stendal, und auch das Publikum, denn es wurde auch ein Publikumspreis mit einem »Applausometer« ermittelt, standen vor keiner leichten Aufgabe um die Preise zu vergeben. Einen **Sonderpreis** bekam die Medien AG der Hallischen Behindertenwerkstätten für den Film »Kartoffelstoppeln 2009«. Der **Publikumspreis** ging an die Kinder und Erzieher der Integrativen Kita »Kunterbunt« der Lebenshilfe Region Stendal e. V. für das Theaterstück „Das Traurige Mädchen“. Der **3. Preis** ging an das Musikvideo »Wernigerode« von Kay Schliephake aus Wernigerode. Die Lebenshilfe Osterburg gGmbH wurde für das Projekt und den Film »Traumzauberzirkus Rolandos« mit dem 2. Preis ausgezeichnet. Mit dem **1. Preis** wurde Frau Sina



Kongehl aus Bismark für die Geschichte »Burn Out« geehrt. Die Preisträger (1. – 3. Preis und Publikumspreis) erhielten jeweils einen Award. Desweiteren wurden Preisgelder in Höhe von 1.500,00€ vergeben. **Ein großer Dank** geht von den Veranstaltern in diesem Jahr an die Förderer und finanziellen Unterstützer des re-reflect-Wettbewerbs: die Medienanstalt Sachsen-Anhalt, ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH im Landkreis Stendal und die Bundestagsfraktion »Die Linke«.

Auch durch diese Unterstützung fällt es den Initiatoren des Wettbewerbs leicht zu sagen, auf ein Neues! Es gibt einen 5. Kunst- und Kulturwettbewerb »Chancengleichheit für alle« im Jahr 2011.



Gemeinwohlarbeit – Arbeitsgelegenheiten mit besonderem Anspruch

Erfahrungsbericht des Büros für Gemeinwohlarbeit der PARITÄTISCHEN Regionalstelle Magdeburg, Romy Kauß (Sozialarbeiterin)

Meine Aufgabe in der Regionalstelle Magdeburg | Börde ist die sozialpädagogische Betreuung von derzeit über 120 Teilnehmern aus Arbeitsgelegenheiten (AGH), so genannten 1-Euro-Jobs. Diese Personen aus dem Rechtskreis SGB II werden von der ARGE zugewiesen und arbeiten in mehr als 40 sozialen Einrichtungen in Magdeburg und der Börde, so z. B. KITAS, Horten, in der Familienbetreuung, in Pflegeheimen und Werkstätten für behinderte Menschen.



Für unsere Mitgliedsorganisationen erledigen sie zusätzliche Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen und zudem Wettbewerbsneutralität aufweisen. Dies sind Tätigkeiten, die über die Pflichtaufgaben hinaus gehen, aber mindestens genau so wichtig erscheinen. Wir sprechen über sinnvolle Arbeiten, die den Bewohnern eines Pflegeheimes ein Lächeln ins Gesicht zaubern, weil jemand Zeit findet einen Spaziergang zu unternehmen oder Karten zu spielen.

Im Hinblick auf den Bericht des Bundesrechnungshofes im November 2010, in dem 1-Euro-Jobs stark kritisiert werden, da es sich um Tätigkeiten handele, die nicht zusätzlich und gemeinnützig seien und somit reguläre Beschäftigung vom Arbeitsmarkt verdrängt werde, möchten wir uns klar positionieren und verdeutlichen, dass wir im Sinne unserer Mitgliedsorganisationen und unserer Teilnehmer auf die Einhaltung der Stellenbeschreibung achten. Durch unangekündigte Besuche, durch Gespräche aber auch durch Kontrollen seitens der ARGE können wir uns von den Vorwürfen distanzieren.

Mit Ausblick auf das Jahr 2011 und den damit verbundenen Kürzungen des Eingliederungstitels im Haushalt der ARGE werden u. a. AGH drastisch reduziert. Dies erscheint besonders gravierend, betrachtet man die sich derzeit in unseren Maßnahmen befindlichen (arbeitsmarktfernen) Personen. Sehr häufig weisen sie multiple Vermittlungshemmnisse auf, wie fehlender Schul- bzw. Berufsabschluss, Schulden, allein Erziehend, Langzeitarbeitslosigkeit, veraltete Qualifikationen, unzureichende Deutschkenntnisse. Im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung erarbeiten wir einen Hilfeplan, um im günstigsten Fall der Person eine berufliche Perspek-

tive aufzuzeigen bzw. denjenigen sozial und gesellschaftlich zu integrieren, zu motivieren, zu unterstützen, zu begleiten. Im Jahr 2010 konnten wir 10% der Teilnehmer in Arbeit bzw. Ausbildung vermitteln. Dies ist ein enormer Erfolg, der sich eruiert lässt. Weniger messbar, dennoch nicht minder wichtig, ist der Erfolg, Schlüsselkompetenzen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Fleiß und Selbstvertrauen (wieder) zu erlernen, die Person zu stärken ihre persönlichen Probleme anzugehen, ihr Leben zu ordnen. Dies ist oftmals ein langer und schwieriger Weg, denn immer mehr Teilnehmer stammen aus sozial schwierigen Verhältnissen, bekommen sehr früh und überdurchschnittlich viele Kinder, die, gepaart mit Berufen mit Schichtbereitschaft und mangelnder flexibler Kinderbetreuung einen Eintritt ins Berufsleben zum jetzigen Zeitpunkt fast unmöglich machen.

Eine 54-jährige Maßnahmeteilnehmerin äußerte sich vor kurzem so: »Sie können sich nicht vorstellen, wie es in mir aussieht, nachdem ich seit zehn Jahren immer nur Absagen erhalte und das häufig mit meinem Alter begründet wird. Da sehe ich es als kleines Erfolgserlebnis wenigstens auf dem 2. Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden.«

Fazit:

AGH sollten auch 2011 als sinnvolles Instrument der Arbeitsmarktförderung genutzt werden, denn dieser geschützte Rahmen bietet vielen Menschen nach jahrelanger Arbeitslosigkeit wieder eine Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Auch wenn für viele Menschen keine reelle Aussicht auf Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt existiert, so dürfen Langzeitarbeitslose nicht ins Abseits gestellt werden.



Teilnehmerin einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung („1-Euro-Jobber“) im Magdeburger »Kinderhaus am Stern«

Bankangestellte erfahren einen »Perspektivenwechsel«

Den Bankschalter gegen eine soziale Tätigkeit wechseln – das ermöglicht das durch den PARITÄTISCHEN mit der Volksbank Magdeburg initiierte Projekt »Perspektivwechsel«. Im Rahmen dieses Projekts werden bis Februar 2011 Führungskräfte der Volksbank Magdeburg und Schönebeck einen solchen Perspektivwechsel vollziehen.

PARITÄTISCHE Mitgliedsorganisationen stellten Ihre Einrichtungen und Dienstleistungen in einer Auftaktveranstaltung im September den Führungskräften der Volksbank vor, diese wählten daraus, in welcher Einrichtung sie für eine Woche bis März 2011 tätig werden wollen. Folgende Mitgliedsorganisationen nehmen an dem Projekt teil:

- AQB Magdeburg gGmbH • Alzheimer Gesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. • Familienhaus Magdeburg e.V. • Lebenshilfe-Werk Magdeburg gGmbH • Via creare gGmbH • Wildwasser Magdeburg e.V. • PARITÄTISCHES Regenbogenhaus Magdeburg • PARITÄTISCHES Bürgerhaus Kannenstieg • PARITÄTISCHES Integratives Netzwerk e.V. •

Die ersten Führungskräfte der Volksbank haben bereits einen Arbeitsplatztausch vorgenommen, z. B. in der Familienberatung, in der Betreuung alzheimerdementer Menschen. Für die Bankangestellten ist der unmittelbare Kontakt mit den Menschen in sozial schwierigen Situationen ungewohnt und bietet völlig neue Sichtweisen.

Sie selbst schätzen ein, dass sie nach dieser Woche die Welt mit völlig anderen Augen sehen werden. Auch zukünftiges ehrenamtliches Engagement ist nicht ausgeschlossen. Im März 2011, wenn alle Banker »im Einsatz« waren, wird es eine Auswertungsrunde geben.

Eine mögliche Fortführung auch mit anderen Partnern ist dann nicht ausgeschlossen.

»Persönliches Budget« steckt noch in den Kinderschuhen

Um das »Persönliche Budget« für Menschen mit Behinderung drehte sich am 11.11.2010 eine Fachtagung in Haldensleben, die auf großes Interesse stieß. Organisiert worden war sie von der örtlichen PSAG, Gastgeber war der PARITÄTISCHE Magdeburg | Landkreis Börde.

Schon allein der Titel der **Fachtagung »Das Persönliche Budget - (k)eine Erfolgsstory!«** ließ erkennen, dass es bei dem Thema noch viel Diskussionsbedarf gibt. Und so waren auch zahlreiche Vertreter von Institutionen, Vereinen und Verbänden, die tagtäglich mit Menschen mit Behinderung zu tun haben, gekommen, um gemeinsam Lösungen zu finden, den Umgang mit dem »Persönlichen Budget« zu verbessern. Das »Persönliche Budget« beinhaltet Pauschalen, über die Menschen mit Behinderung verfügen können, um selbst Leistungen einzukaufen. Die Leistungen können aus den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Freizeit, Bildung, pflegerische Hilfen, lebenspraktische Anleitung sowie psychosoziale Hilfen stammen. Grundanliegen ist es, den Betroffenen Gelegenheit zu mehr Selbstbestimmung zu geben und die Integration zu fördern, wie auch Regionalleiterin Sabine Dutschko unterstrich. »Hilfen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Schwierigkeiten, für Menschen mit Behinderungen oder für Menschen mit einem wie auch immer gearteten Hilfebedarf haben in unserem Landkreis einen besonderen Stellenwert. Bei der Umsetzung und Nutzung des Persönlichen Budgets ist es doch im Augenblick so, dass Wunsch und Wirklichkeit noch weit auseinanderdriften«, meinte Landrat Thomas Webel,

der als Schirmherr für die Tagung fungierte, in seinem Grußwort. Es gehe wieder einmal um die finanziellen Mittel, die der Staat dafür zur Verfügung stellen muss. Bei den gestiegenen sozialen Ausgaben seien die Bewegungsspielräume deutlich enger geworden. Allerdings gebe das »Persönliche Budget«, auch die Möglichkeit, die Kosten zu reduzieren. Denn die Leistungsberechtigten werden zu Kunden, durch deren Handeln der Wettbewerb belebt wird. Und nicht jede Leistung müsse unbedingt von teuren Profis erbracht werden, vielmehr könnte ein **kosteneffizienter »Laien-Profi-Mix« oder »Bürger-Profi-Mix«** initiiert werden.

Nach einem Fachvortrag von Heiko Schütz zeigte eine lebhaft Diskussions aller Beteiligten die Probleme in der praktischen Umsetzung auf. So wurde festgestellt, dass es beispielsweise noch zu viele Barrieren in den Köpfen, auch von möglichen Leistungsbeziehern gibt, dass die Beratungsinfrastruktur Lücken aufweist oder dass die Budgets zu niedrig oder nicht bedarfsgerecht sind.

Sozialdezernentin Iris Herzig bezeichnete die Veranstaltung als Erfolg.



Kostenlos - und dennoch wertvoll ...

»Zeit zu verschenken« - unter diesem Motto fand am Sonnabend, 18. September 2010 eingebettet in die bundesweite Woche des Bürgerschaftlichen Engagements, der erste Freiwilligentag in Halberstadt statt.

»Märchen-Omas«



Initiiert von der PARITÄTISCHEN Selbsthilfekontaktstelle Harz und begeistert von der Idee entstand sofort eine enge Kooperation mit der Stadt Halberstadt, der Freiwilligenagentur des Diakonischen Werkes und der Behindertenbeauftragten des Landkreises. Die Förderung des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe und die Unterstützung der Harzsparkasse, der Sparda-bank und Primed Halberstadt Medizintechnik GmbH machten die Veranstaltung möglich.

Die Pressekonferenz mit dem Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt Andreas Henke und die engagierte Öffentlichkeitsarbeit der Selbsthilfekontaktstelle trugen dazu bei, dass die lokale Presse und der MDR sehr engagiert auf das Thema aufmerksam machte und über den Freiwilligentag berichtete.

Im Vorfeld des Aktionstages fanden sich Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN sowie die Verantwortlichen der Stadt und der Bahnhofsmision zusammen und kreierten Projekte für den Freiwilligentag. So konnten am 18. September ca. 65 Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen unter 14 Einsatzorten wählen und Ehrenamt schnuppern, z.B. beim Vorlesen auf der Kinderstation des Krankenhauses, Baumpflanzen vor

der Bahnhofsmision, Hundeausführen in der Fundtierunterkunft, Domschatzvortrag und Dekorationbasteln im Altenheim, Unkrautbeseitigung in den Stadtbeeten oder Pflegearbeiten im Streichelgehege des Tierparks.

Zur »Dankeschön-Party« am Nachmittag kamen Freiwillige, Sponsoren und die Veranstalter und miteinander ins Gespräch und zogen ein erstes Resümee. Oberbürgermeister Andreas Henke als Schirmherr der Veranstalter würdigte das Engagement der Freiwilligen, ermunterte sie das Engagement fortzusetzen, dabei andere Menschen zu unterstützen und sich durch das Geben selbst Gutes zu tun.

Die Organisatoren des Freiwilligentages sind sich sicher, dass dies ein gute Tradition für Halberstadt werden soll und die ortsansässigen Vereine noch breiter mit in die Gewinnung für Ehrenamtler einbezogen werden sollen.

Folgende Vereine und Institutionen waren beteiligt:

Senioren-Zentrum »Haus Pawlow« und die Sozialstation der Gemeinnützigen PARITÄTISCHEN Sozialwerke-PSW GmbH, Selbsthilfegruppen, gemeinnützige Gesellschaft für Sozial-einrichtungen des ASB mbH Halberstadt, die Bahnhofsmision Halberstadt, Fundtierunterkunft, der Tierpark von Halberstadt und die Kinderklinik des AMEOS Krankenhauses .



KINDER SIND REICH ... an (Ar-)Mut

Im Landkreis Harz haben die VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände (Kreisarbeitsgemeinschaft) am 15. September 2010 in Halberstadt eine Fachtagung zum Thema »Kinder sind reich an (Ar-) Mut« durchgeführt. Wie von den Veranstaltern angedacht, sind in die Fachhochschule Harz Menschen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern wie Wohlfahrt, Verwaltung, Kindertagesstätten, Jugendhilfe, Schulen, Bildungswerken, Schulsozialarbeit und Beratungsstellen gekommen.

So kam es zu einem lebendigen und interessierten Austausch zwischen den einzelnen KollegInnen und in den Workshops wurden Handlungsstrategien entwickelt. Leider war außer eines Vertreters der LINKEN kein weiterer Politiker aus dem Kreistag anwesend. War das Thema nicht wichtig genug für Politiker oder birgt das Thema Armut schon eine allgemeine Resignation? In den Vorträgen wurden nicht nur Probleme genannt sondern auch Strategien angeboten, wie einzelne Felder der schulischen und sozialen Arbeit miteinander vernetzt werden oder Wohlfahrt, Bürgerengagement und Wirtschaft gemeinsam agieren können. In der Tagung wurde deutlich, dass belastete Eltern Unterstützung brauchen und Strategien erforderlich sind, um sie und ihr Kinder in den KITA´s und Schulen zu erreichen und sie auch in Vereinen einzubinden.

Weiterhin wurde vorgeschlagen:

- Schulungen für Eltern als Unterstützung der Kindererziehung und für lebenspraktische Tätigkeiten wie Essenzubereitung und gesunde Ernährung;
- Hauswirtschaftstraining soll benachteiligten Kindern die Möglichkeit zum Sozial- und Kommunikationstraining in KITA´s und Schulen geben;
- Kinder und Jugendliche sollen an politischen Entscheidungen teilhaben und eine Verbindung zu politisch Verantwortlichen zwecks Partizipation soll hergestellt werden;
- dem Landkreis wird die Einrichtung einer Sozialhotline empfohlen, um Eltern und Kindern in Not unkompliziert Hilfe zu vermitteln.

Das Leben wieder anpacken...

Dem Ziel, Vorurteile und Stigmatisierung gegen Menschen mit psychischen Problemen oder Erkrankungen abzubauen, fühlt sich der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt verpflichtet. Aufklärung allein reicht jedoch nicht aus, damit über Psychose, Depressionen oder Schizophrenie genauso offen gesprochen werden kann, wie über Diabetes oder Herzinfarkt. Es bedarf einer kontinuierlichen und engagierten Arbeit zur Antistigmatisierung sowie der Kooperation vieler Interessengruppen. Einen Beitrag dazu wollten die Selbsthilfekontaktstelle Mansfeld-Südharz und die Behindertenbeauftragte des Landkreises leisten und nahmen den Tag der seelischen Gesundheit

Für die Landesebene wurden ebenfalls Empfehlungen erarbeitet:

- Ganztagsanspruch für alle Kinder in den Kindertagesstätten, um Kindern aus schwierigen Verhältnissen gute Möglichkeiten für Bildungsangebote und soziales Lernen zu geben;
- Erhöhung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten, um den gestiegenen Anforderungen zu entsprechen.

Die Kreisarbeitsgemeinschaft wird gemeinsam mit der Landkreisverwaltung und dem Jugendhilfeausschuss die Realisierung der Vorschläge angehen. Bei der Tagung ist es hervorragend gelungen, Kinder und Jugendliche aus dem Teutloff-Bildungswerk und dem Rauhen Haus Halberstadt einzubinden, die mit Theaterszenen, Schautafeln und der Dokumentation ihre Meinung zum Thema Kinderarmut und mangelnde Chancengleichheit darstellten. Am Ende der Tagung segelten viele Bierdecke durch den Hörsaal. Damit schickten die Kinder ihre Wünsche auf die Reise, z.B.: »Ich wünsche mir Arbeit für meine Eltern – ein neues Bett für meine Mama – in den Urlaub mit meinen Eltern fahren zu können – ein eigenes Zimmer, wo ich nicht mit meinem Bruder und meiner Schwester zusammen schlafen muss.« - **Wünsche, die in unserer Gesellschaft erfüllbar scheinen sollten.**

zum Anlass, um zu einer Buchlesung zum Thema »Das Leben wieder anpacken« in das Europa-Rosarium Sangerhausen einzuladen. Vier Frauen der Schreibgruppe »Regenbogen« Halle lasen eigene Texte und Gedichte und stellten ihr erstes Hörbuch vor, das die Gruppe herausgebracht hat.

Die Vortragenden eint die Erfahrung, dass sie psychische Erkrankungen selbst erlebt haben und ein - oder mehrmals in der Psychiatrie behandelt wurden. Sie nutzen das Schreiben, um ihr Leben mit einer psychischen Erkrankung zu bewältigen und anderen einen Blick in ihre Gedankenwelt zu ermöglichen.



Ein super Projekttag: »Wir mit Euch – mit uns!« im Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Zum zweiten Mal haben wir unsere Mitglieder zum »Tag der Begegnung« für Menschen mit Behinderungen eingeladen. Teilnehmer, Akteure und auch Gäste waren gespannt, mit welchen Darbietungen wir uns gegenseitig erfreuen.

Viele Proben waren nötig. Die Kinder aus integrativen KITAS und die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Einrichtungen der Lebenshilfen hatten sich fantastisch vorbereitet, von Brunner und Brunner bis zum Aschenputtel, alles wurde dargeboten.

Die 120 Teilnehmer, darunter Schwer- und Schwerstbehinderte aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld wollten sich nicht nur unterhalten lassen, sondern sie hatten mit Hilfe ihrer Betreuer und Erzieher mit viel Fleiß und Mühe tolles auf die Beine gestellt. Das merkte man im Anschluss, da alle Teilnehmer sich bereits aus dem vergangenen Jahr kannten, somit

trauten sich einige auch Solo-Gesangsdarbietungen. Mit viel Anerkennung wurden die Akteure belohnt. Es machte allen Spaß und alle waren in das Programm mit eingebunden. Genau das ist gewollt!

Es geht uns an diesem Tag der Begegnung darum, Toleranz zu leben und zu erleben, Anerkennung zu erfahren für die dargebotenen Leistungen und Stolz zu entwickeln. Es war ein super Tag und wenn uns der Landkreis wieder finanziell unterstützt, dann werden wir den nächsten Tag der Begegnung mit viel Freude vorbereiten.

Fest- und Auszeichnungsveranstaltung im Dessauer Ratssaal

**»Ohne Ehrenamtliche sind viele gesellschaftliche Projekte nicht lösbar«
- dies ist die Botschaft des PARITÄTISCHEN zur Feststunde im Dessauer Rathaussaal.**

Insgesamt 37 Personen wurden mit der Ehrennadel in Gold und Silber des PARITÄTISCHEN für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im PARITÄTISCHEN geehrt. Über viele Jahre hinweg engagieren sich diese Menschen in ihren Vereinen und in unserem Dachverband.

Besonders wurde die Arbeit zweier Männer gewürdigt. Klaus Scholz, in Dessau unter anderem seit beinahe zwei Jahrzehnten Vorsitzender des Vereins Alt und Jung und Karl Vollstädt, Mitbegründer der Köthener Lebenshilfen. Beide erhielten die Goldene Ehrennadel.

Die Regionalstelle Ost betreut in Dessau-Roßlau und in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld sowie Wittenberg derzeit 53 Mitgliedsorganisationen und in diesen 828 ehrenamtlich Engagierte, eine Zahl, die man noch zu gering einschätzen muss.

Das Ehrenamt muss auch in der Politik eine höhere Wertschätzung erfahren, Ehrenamt muss unterstützt werden und nicht missbraucht, um eine Sparpolitik durchzusetzen.

Für mich als Regionalleiterin schließen sich Gemeinnützigkeit und Eigennutz nicht aus. Die Ehrenamtlichen könnten ihr Engagement und ihre Interessen aufeinander abstimmen, sich darin Eigensinn leisten – wenn denn die entspre-

chenden Organisationen die richtigen Angebote vorhielten. Klemens Koschig erinnerte als Oberbürgermeister von Dessau-Roßlau daran, dass der PARITÄTISCHE vor 20 Jahren für die Kommunen der wichtigste Ansprechpartner beim Um- und Aufbau sozialer Hilfsangebote gewesen sei.

Seine Wertschätzung bezog sich auch auf die Zusammenarbeit der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Personen in den Mitgliedsorganisationen über Kreisgrenzen hinweg. Gemeinsam ist es uns mit unseren Armutsberichten und regionalen Zukunftskonferenzen gelungen, das Thema ins Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken und Koschig bestätigte unsere Hartleibigkeit an solchen Themen zu arbeiten.

Wir sagen Danke für

**20 Jahre DER PARITÄTISCHE
SACHSEN-ANHALT**

Einsatz, der sich lohnt



»Gehandicapt«

Behindertenverband Köthen führte seine 10. Rolli-Tour durch

Sinn und Zweck dieser jährlichen stattfindenden Touren ist es, stellvertretend für alle Betroffenen auf Hindernisse, schlechte Wege, schwer zugängliche Geschäfte und Behörden oder auch fehlende Bordsteinabsenkungen aufmerksam zu machen und – wenn möglich – Änderungen zum Positiven zu bewirken.

Organisator dieser Ausflüge mit Hintersinn ist der Behindertenverband Köthen, deren Vorsitzende Evalisa Priebe jeweils dazu einlädt. - Man kann schon von einer Tradition sprechen, es macht Mühe, Personen davon zu überzeugen als Schieber eines Rollstuhls mitzumachen. Mit Vertretern aus Verwaltung, Politik und Kirchen wurde durch die Köthener Straßen gestartet und man kam ins Gespräch, mit welchen Schwierigkeiten Rollstuhlfahrer und auch Schieber sich befassen mussten.

Erleben, spüren – dann kann man verstehen, mitreden und verändern!

»Die Rollifahrten haben schon viel gebracht, diese sind keine Schauveranstaltungen«, stellte die Vorsitzende Evalisa Priebe fest. Das sich in den zurückliegenden Jahren viel getan hat,

um Menschen im Rollstuhl Wege zu ebnen und oftmals nur mit Schwierigkeiten überwindbare Hürden abzubauen, war auf der Tour deutlich spürbar. Bei neu ausgebauten Straßen sowie zukünftigen wird der Behindertenverband von vorn-



herein in die Planungen mit einbezogen. Für Evalisa Priebe war auch die 10. Fahrt kein Selbstzweck auf Missstände aufmerksam zu machen.

Heiße Debatte um ein »soziales Gewissen«

Im kommenden Jahr werden in Sachsen-Anhalts Landtag die Karten neu gemischt. In Bitterfeld-Wolfen stehen jene Kandidaten fest, die die Region im Auftrag ihrer Partei während der nächsten Legislaturperiode in Magdeburg vertreten wollen und sollen. Einige treten für ihre Wiederwahl an, andere werfen erstmalig ihren Hut in den Ring. Bevor der Wahlkampf so richtig eingeläutet wird und Sach-argumente in populistischer Rhetorik untergehen, hatte der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, Regionalstelle Ost zu einer Podiumsdiskussion in das neu eröffnete Mehrgenerationenhaus Wolfen-Nord eingeladen.

An ihr nahmen die derzeitigen Mitglieder des Landtags Lars-Jörn Zimmer (CDU), Guido Kosmehl (FDP) sowie die parlamentarischen Newcomer Prof. Dr. Angela Kolb (SPD) und Dagmar Zoschke (Die LINKE) teil. Der Abend stand unter dem Thema »Soziales Gewissen – ein Auslaufmodell?«

Mit den Politikern diskutierten Regionalstellenleiterin Petra Nickel und Helgard Neumann, Mitarbeiterin der Selbsthilfekontaktstelle Anhalt-Bitterfeld. Im Experteninterview stand der stellvertretende Geschäftsführer der ARGE Bitterfeld zur Verfügung. Lebhaft wurden Sparpaket und Lobbypolitik der

Bundesregierung, die Hartz –IV-Problematik und die Ausweitung des Ehrenamts diskutiert. Gespannt verfolgten die zahlreichen Gäste der öffentlichen Veranstaltung die Debatte. Obwohl es sich auf Grund unterschiedlicher Verantwortungsebenen um keine typischen »Länderprobleme« handelte, waren sie sehr bewusst gewählt. Denn spätestens im Bundesrat wird Bundespolitik auch Länderangelegenheit. Und jeder Bürger sollte vor der Wahl wissen, welche bundespolitischen Strategien sein Wunsch Kandidat stützt.

Eine Fortsetzung der Gesprächsrunde ist geplant.



PARITÄTISCHER in Halle: Mitglied im »Bündnis gegen Rechts«

Seit einigen Jahren sieht sich die Stadt Halle (Saale) verstärkt mit öffentlichen Aktivitäten von Rechtsextremen konfrontiert. Rechte Gewalttaten, Alltagsrassismus und strukturelle Ausgrenzungen sind auch hier nicht hinnehmbare Realität geworden und fordern wirksamen, öffentlichen Protest und Initiierung präventiver Projekte.

Allein auf öffentliche Aktionen von Rechten zu reagieren, reicht nicht aus. Ziel muss es sein, möglichst viele Einzelpersonen und Organisationen, die sich für ein demokratisches und tolerantes Miteinander engagieren, zusammenzuführen und langfristiges Engagement gegen Rechtsextremismus zu stärken und weiter zu entwickeln.

Dem Beitrittsaufruf der im Juni 2010 gegründeten Initiative »Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage« ist deshalb der PARITÄTISCHE in Halle ebenfalls gefolgt und bringt damit das Potential und die Erfahrungen seiner regionalen Mitgliedsorganisationen bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und der Sensibilisierung für demokratische Grundwerte unserer Gesellschaft in das Bündnis ein.

Ein erstes Ausrufezeichen setzte das Bündnis mit dem Aktionstag Ladenschluss unter dem Motto »Thor Steinar braucht keiner« am 28.10.2010, indem es phantasievoll, gewaltfrei und entschlossen gegen den rechten Laden »Oseberg« in Halle (Saale) protestierte.

»Halle gegen Rechts« steht mit zahlreichen Initiativen und Kampagnen in Kontakt und arbeitet mit diesen lokal und überregional zusammen.



Erstes Treffen des Arbeitskreises »Persönliches Budget« im Saalekreis

Am 12. Oktober 2010 traf sich auf Initiative des PARITÄTISCHEN erstmalig der Arbeitskreis Persönliches Budget im Saalekreis. Das Treffen fand in der PARITÄTISCHEN Selbsthilfekontaktstelle in Merseburg statt.

Heiko Schütz vom Projekt »Perspektive B.« informierte die Anwesenden 16 Personen über den aktuellen Stand des Persönlichen Budgets in Sachsen-Anhalt und stellte das Positionspapier der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt vor.

Die anschließende Diskussion zeugte vom großen aber auch kritischen Interesse an diesem Thema. Zu den Teilnehmern zählten neben Leistungserbringern wie der PSW GmbH, dem VSBI e.V. und dem ASB auch das ansässige Sozialamt sowie die AOK Sachsen-Anhalt und die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland.

Alle Anwesenden waren sich einig, dass ein Arbeitskreis zum Thema Persönliches Budget in Zukunft regelmäßig stattfinden sollte, um sowohl die Entwicklung des Themas zu verfolgen, als auch individuelle und regionale Lösungsansätze zu diskutieren.

Das nächste Treffen ist für Ende Januar geplant. Informationen erhalten Sie über Heiko Schütz (Projekt Perspektive B.) unter 0391/6293336 oder hschuetz@mdlv.paritaet.org.

Projekt »Ich hol mir die Welt ins Haus« Personen mit Handicap helfen ebenso Betroffenen

Durch unermüdlige Eigeninitiative und Beharrlichkeit wurde im Burgenlandkreis in Zeit eine schöne Vision verwirklicht.

Drei Frauen und zwei Männer mit Handicap konnten durch Unterstützung des ansässigen Organisationsbüros für Gemeinwohlarbeit und Mitfinanzierung der ARGE SGB II Burgenlandkreis ab September 2010 ein kleines Büro eröffnen. Hier können sich Personen mit Handicap persönlich oder telefonisch beraten lassen. Sie erhalten Informationen, Aufklärung und Begleitung zur individuellen Umsetzung ihrer persönlichen Anliegen. Bis jetzt wurden vor allem die Beratung zum Heraus-

finden des richtigen Ansprechpartners bei Behörden, Ämtern und Gesundheitseinrichtungen sowie die Erstellung von Bewerbungen am PC in Anspruch genommen. Das Team ist hoch motiviert und will noch viele weitere Hilfen anbieten. In Arbeit ist gerade der Aufbau von Paten- und Nachbarschaftskontakten um regelmäßige häusliche Besuche, individuelle Freizeitgestaltung und Besuche von öffentlichen Veranstaltungen für Betroffene zu ermöglichen.

PARITÄTISCHER sieht in Halle (Saale) soziale Infrastruktur gefährdet

Zahlreiche Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN und viele Selbsthilfeinitiativen in Halle (Saale) befürchten zukünftig einschneidende Auswirkungen auf ihre soziale Arbeit und damit auch eine zunehmende Verschärfung der Armut der halleschen Bevölkerung.

Im August 2010 war bekannt geworden, dass die Stadt Halle infolge einer Haushaltssperre mit sofortiger Wirkung die Ausgaben für die sogenannten Freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich grundsätzlich sperrt und Mittel für Pflichtaufgaben vorerst nur zu 70 % ausgezahlt werden. Bereits erteilte Bewilligungsbescheide werden zurückgezogen. In den letzten Stadtratssitzungen wurde erneut betont, dass alle Freiwilligen Leistungen der Höhe nach auf den Prüfstand gestellt werden und dass es auch in den nächsten Jahren zu einschneidenden Fördereinschränkungen kommen wird. Die Stadt Halle will somit auf dem Rücken der freien Träger, und damit auch auf dem Rücken der Einwohner der Stadt und der zahlreichen Nutzer der sozialen Einrichtungen, die Sanierung ihres Haushaltes austragen. Dabei wird versucht an Stellen zu sparen, von denen wenig Widerstand zu erwarten ist.

Die angekündigten drastischen Einschränkungen würden in vielen sozialen Bereichen des städtischen Lebens Spuren hinterlassen. Insbesondere bewährte und jahrelang anerkannte Angebote für Menschen mit Behinderungen, für Senioren und Menschen in schwierigen Lebenssituationen und akuten Lebenslagen können nicht aufrecht erhalten werden oder werden in ihrer Quantität und Qualität stark eingeschränkt. Auch die in den letzten 20 Jahren entstandene sehr anerkannte Selbsthilfelandschaft in der Stadt würde schmerzliche Einschnitte erfahren müssen. Projekte, die sich der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, einer sinnvollen Freizeitgestaltung und der Überwindung häuslicher Isolation widmen, sind ebenfalls davon betroffen. Gerade diese Beratungs- und

Begegnungsangebote haben in den letzten Jahren mit viel Mühen Drittmittel akquiriert oder Arbeitsmarktmaßnahmen aufgebaut, die nunmehr ebenfalls akut gefährdet sind.

Aber nicht nur das. Die betroffenen Vereine werden zumeist durch ehrenamtliche Vorstände vertreten, die mit ihrem Privatvermögen für die Vereinsgeschicke haften. Stellt man wie hier die Finanzierungsgrundlagen grob in Frage, muss ein Vorstand umgehend Maßnahmen ergreifen und Arbeits- und Mietverträge kündigen, was unter Umständen die Grundlagen für eine weitere Arbeit zerstört und einmal getroffene arbeits- und vereinsrechtliche Entscheidungen schwer rückgängig machen lässt. Viele betroffene Träger halten es deshalb für nicht hinnehmbar, wie die Stadt mit bürgerschaftlichem Engagement umgeht und hallesche Vereine als Bittsteller um Förderung erscheinen lässt. Die gemeinnützige Arbeit der betroffenen sozialen Einrichtungen erfordert auch zukünftig Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, soziale Arbeit und Dienstleistungen für die Stadt weiterhin mit hoher Professionalität und Verantwortung, aber insbesondere auch mit weiterer ausreichender finanzieller Unterstützung der Kommune zu gestalten. Sie erwarten deshalb künftig gemeinsame faire und konstruktive Gespräche zum dauerhaften Erhalt der sozialen Infrastruktur der Stadt.

Ähnlich jener kürzlich mit großer Resonanz stattgefundenen Pressekonferenz wird der PARITÄTISCHE in Halle auch zukünftig Öffentlichkeit aktivieren und seinen Mitgliedsorganisationen bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen hilfreich zur Seite stehen.

Verbandseigene soziale Arbeit

»Natur bewusst erleben« im Erlebnispädagogischen Centrum Havelberg

Im Erlebnispädagogischen Centrum Havelberg (ELCH) lassen sich bereits im zweiten Jahr Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren aus Havelberg und den umliegenden Gemeinden zu Naturführern ausbilden. Möglich wird dies durch eine Förderung der Aktion Mensch im Rahmen des Projektes »Natur bewusst erleben«. Weitere Schwerpunkte dieser vorerst auf drei Jahre angelegten Maßnahme sind die Durchführung von Schulprojekten und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich in regelmäßigen Abständen trifft und gemeinsam Naturwanderungen, Kanutouren und Radtouren unternimmt. Betreut wird das gesamte Projekt durch einen Pädagogen, dessen Stelle im Rahmen der Maßnahme geschaffen wurde.



Die Region rund um Havelberg profitiert landschaftlich von großen Waldgebieten, der Elbe-Havel-Niederung und den Landschaftsschutzgebieten Biosphärenreservat Mittelbe und LSG Stremel. Außerdem tragen verschiedene Radwege (Elberadweg, Havelradweg, Altmarkrundkurs, Tour Brandenburg und Bischofstour) dazu bei, dass die Region zunehmend vom Naturtourismus geprägt ist. Daher zieht es immer mehr Aktiv- und Natururlauber nach Havelberg. Zudem tragen kulturelle und historische Aspekte dazu bei, dass neben Einzelreisenden immer mehr Gruppen und Schulklassen Havelberg besuchen und die Stadt zunehmend zum Tourismuszentrum der Region wird.

Trotz der positiven Entwicklung im Tourismussektor verlassen viele Jugendliche Havelberg auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, was auf die gesamtwirtschaftliche Situation in der Altmark zurückzuführen ist. Diese Faktoren greift das **Projekt »Natur bewusst erleben«** auf. Es richtet sich vorwiegend an arbeitsuchende, junge Menschen, denen eine zusätzliche Qualifikation vermittelt werden soll. Ziel des Projekts ist es ca. 20 bis 30 Jugendliche zu Naturführern auszubilden und ihnen letztendlich Berufsperspektiven in der Region aufzuweisen. Ein wichtiger Aspekt des Projektes ist neben der Wissensvermittlung, die Stärkung der Persönlichkeit der Teilnehmer und die Entwicklung von sozialen Kompetenzen, denn vor allem auf diesen Sektoren weisen viele Jugendliche Schwächen auf. Die Freizeitgestaltung in der ländlichen Region ist ebenfalls sehr schwierig, da für die Jugendlichen nur wenige Angebote vorhanden sind, die langfristig begeistern.

Das Projekt versucht daher eine sinnvolle und lohnenswerte Freizeitbeschäftigung zu schaffen. Zur Dokumentation des Projektes entwickeln die Jugendlichen Wandbilder und kleine Präsentationen um ihr Wissen zu festigen und weiter zu vermitteln. Die Teilnehmerakquirierung gestaltet sich zum Teil schwierig, da einige der Jugendlichen, die sich für das langwierige Projekt begeistern, aus dem Projekt ausscheiden bevor sie die Naturführerausbildung abschließen können. Ein Grund dafür ist die Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung fernab der Heimatregion Havelberg.

Da das ELCH als Übernachtungshaus mit 65 Betten, Vollverpflegungs- und Freizeitangebot von zahlreichen Schulklassen im Rahmen ihrer drei- bis fünftägigen Klassenfahrten besucht wird, werden die Angebote des Projektes »Natur bewusst erleben« auch von immer mehr Schülern und Lehrern dankbar angenommen. Den Empfehlungen der Lehrer, die das erlebnis- und umweltpädagogische Programm mit ihren Klassen im Jahr 2009 kennen lernten, folgten im Jahr 2010 zahlreiche weitere Klassen. Ein Renner sind dabei die Biberbeobachtungen.

Gleichzeitig konnten viele wichtige Gespräche mit Schulleitern und Mitarbeitern der Berufsbildungsakademie geführt werden. Daher stehen für die kommenden Monate mehrere Tagesprojekte an. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Maßnahmen der Umweltbildung. So werden u. a. Wasserproben im hauseigenen Umweltlabor untersucht, Wanderungen zum Thema Naturschutz durchgeführt, ein Radausflug in die nahen Wälder und Naturschutzgebiete unternommen, sowie eine Kanutour auf der Havel absolviert. Hierbei übernehmen ausgebildete Naturführer erste Aufgaben. Sie planen Teilprojekte selbst, führen sie eigenständig aus und qualifizieren sich für zukünftige Aufgaben weiter.

Erlebnispädagogisches Centrum Havelberg

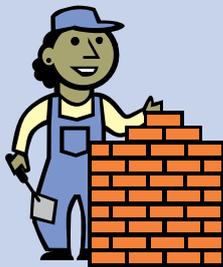
Schulstraße 1-2 • 39539 Havelberg
Telefon: 039387 | 79-325
elch-havelberg@mdlv.paritaet.org
www.integral-ggmbh.de

Auf unsere Dienstleistungen können Sie bauen!

Die PARI GmbH, als 100 %-iges Tochterunternehmen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt, verfügt über langjährige Erfahrungen in der Planung und Umsetzung von Pflegeeinrichtungen, Kindereinrichtungen sowie alters- und behindertengerechten Wohnformen.

Wir bieten Ihnen:

- Leistungen der Projektsteuerung
- Von der Planung bis zur Objektüberwachung für Gebäude und Freianlagen
- Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination (Sigeko)
- Immobilienverwaltung
- Bereich Bau (Maler- und Bodenbelagsarbeiten)
- Energiemanagement



Ihre Vorteile:

- Vorbereitung und Umsetzung Ihres Bauvorhabens aus einer Hand
- individuelle und fachkundige Beratung
- erprobte Konzepte
- preisgünstige Umsetzung

Ganz gleich, ob Sie neu-, aus- oder umbauen möchten:

Bei der **PARI** sind Ihre Bauaufträge in den richtigen Händen!
Lassen Sie sich von uns beraten. Gern besuchen wir Sie vor Ort.
Anruf genügt!

Und so erreichen Sie uns...

PARI Sozialbau- und Immobilienverwaltung GmbH

Wiener Straße 2
39122 Magdeburg

fon 0391 | 6293560
fax 0391 | 6293567





Wiener Straße 2
39112 Magdeburg

Telefon: 0391 | 6293333
Telefax: 0391 | 6293555

E-Mail: info@mdlv.paritaet.org
www.paritaet-lsa.de